

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abo-nommentspreis für das tägl. Unterhaltungsblatt Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.— Erstreut tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bwingstraße 21, II. Telefon 3462
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr
Expedition: Bwingstraße 21. Telefon 1763
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 2 Uhr abends

Inserate werden die 6gesparte Zeitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens $\frac{1}{2}$, 10 Uhr früh in der Urbedienung abgegeben sein und sind im Voraus zu begleichen. — Telegramm-Adresse: Preußischer Ballonverein.

272

Dresden, Mittwoch den 24. November 1899

20. Jahrg.

Dresdner Volkschulwesen

Bur Stadtverordnetenwahl

3057

Bor einigen Jahren segte in Dresden eine für das Schulwesen sehr schädliche Sparpolitik gegenüber den Schulaufgaben ein. Das hatte eine wesentliche Belästigung der Lehrkräfte und Überfüllung der Klassen zur Folge. Außerdem hielt man mit dem nötigen Bau von Schulhäusern so stark zurück, daß bald darauf eine förmliche Katastrophe im Mangel an Unterrichtszimmern eintrat. Man mußte zu den bedenkliebsten Notbehelfen greifen! Wohnhäuser wurden gemietet und notdürftig für Schulzwecke hergerichtet; die Kinder mußten weite Wege zum Schulhaus laufen, oft des Loges einmal hierhin, das andere Mal dahin gehen. Als 1906 der Haushaltspolitik für das Volksbildungswesen zur Tagesordnung stand, nahmen die Sozialdemokraten Gelegenheit, alle diese Mängel einer eingehenden sachlichen Kritik zu unterziehen und Abhilfe zu fordern. Sie verlangten dringend die Reorganisation des Lehrkörpers.

Die Mehrheit war fälschlich erstaunt über diese Darlegungen; Debatten solcher Art schien man nicht gewöhnt zu sein. Auf die wichtigen und detaillierten Beschwerden konnte von Rat kein Wort gesagt werden. Auch zwei Lehrer, die das sprachen, konnten die Angaben unserer beiden Redner nicht widerlegen. — Ein Ratschreiben über den Bau eines Schulhauses in Vorstadt Cotta entfesselte in der Sitzung vom 11. April 1907 eine erregte Debatte, in der die Sozialdemokraten abermals, ausgerüstet mit beweiskräftigem Material, besonders für schleunigste Beschaffung fehlender Schulräume eintraten. Der Stadtv. Schumann leistete sich dabei folgende Sätze: Vor 50 Jahren sei man froh gewesen, in niedrigen Schulzimmern zu sitzen. Das habe ihm nichts geschadet; im Gegenteil, er sei gesund und stark geworden. Durch die modernen Schulbauten würden die Arbeitertinder nur verwöhnt.

Im Februar 1908 gab es wieder Schulsdebatte. Es handelte sich um eine Volage des Rates über Mietung von Schulräumen, wozu die Sozialdemokraten beantragten: „1. Die vorgeschlagene Ermietung von Schulräumen bis höchstens Ostern 1910 zu genehmigen; 2. die Errichtung zweckentsprechender Schulneubauten schleunigst in Angriff zu nehmen und den Stadtverordneten baldigst Vorlage darüber zu machen.“ Der erste Teil dieses Antrags wurde abgelehnt, der zweite an den Verwaltungsausschuss überwiesen, der erst im November darüber Bericht erstattete. Der Referent erkannte die gute Tendenz des Antrags an und gab zu, daß die Ermietung von Schulräumen kein wünschenswerter Zustand sei. Direkt dagegen sprach niemand; der Ausschuss bekräftigte zwar Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags, empfahl aber dafür folgenden: „Den Rat zu ersuchen, den momentlich in einigen Vororten bemerkbaren Mangel an Schulräumen durch geeignete Maßnahmen — Neuordnung der Gruppeneinteilung und der Bezirksgrenzen, An- und Umbauten und, wo nötig, auch Neubauten von Schulen — baldmöglichst zu beheben.“ Der Ausschusseantrag wurde einstimmig angenommen; er besagte fast daselbe in etwas anderer Form & der sozialdemokratische. — Durch die sozialdemokratische Initiative war die ganze Frage zu einer eindrücklichen Erörterung und einem wissenschaftlichen Erfassen gekommen.

Im März 1909 wurde eine Neuregelung der Gehälter der Lehrkräfte beschlossen, die eine Mehrsumme von über 600000 M. für dieses Jahr zur Folge hat, die auch von den Sozialdemokraten bewilligt wurde. Verbunden mit der Vorlage auf Erhöhung der Lehrergehälter war auf höhere Befolzung der städtischen Beamten. Die Aufsetzung der Arbeiterlöhne wollte man auf unbestimmte Zeit hinaus. Unsere Genossen machten diese sonderbare Vorschläge nicht mit und bemühten: „Den Rat zu ersuchen, mit Vorlage auf Erhöhung der Beamtengehälter gleichzeitig eine Vorlage auf Erhöhung der Arbeiterlöhne vorzubereiten so zu beschließen, daß sie noch im Jahre 1909 von den Abgeordneten erledigt werden könne.“ Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen, die Sozialdemokraten hatten bei diesem Antrage 100 Stimmen.

Zu Anfang dieses Jahres wurde eine Neuregelung der Fortbildungsschule wieders beschlossen, der die Sozialdemokraten unter Bedenken weitergehen und der Ministerium zustimmen. Die Verteilungen waren in der Sitzung folgende: Den Unterricht sollen nicht mehr Lehrer im Nebentätig, sondern fünf selbständige Direktoren (Pflichtstunden 12) und neun ständige Fortbildungsschullehrer (Pflichtstunden 28) erteilen; außer den seminaristisch gebildeten Lehrern können auch Nachlehrer angestellt werden. Die Höchstzahl der Schüler einer Zeichenklasse und einer Klasse für Schmiedbegabte soll in der Regel 30, für alle übrigen Klassen 35 betragen. In Zukunft soll den bislang

165 Klassen deren 189 geben wird. Sobald von einem Veruf 20 Schüler vorhanden sind, soll eine besondere Klasse gebildet werden. Um zu vermeiden, daß die Schüler übermüdet in den Unterricht kommen, ist die Unterrichtszeit von früh 7 bis abends 7 Uhr festgelegt, also der Tagesunterricht eingeführt. In den Innungs- und Privatschulen soll, sofern die wöchentlichen Unterrichtsstunden die Zahl von 6 übersteigen, auch weiter nach 8 Uhr abends Unterricht stattfinden. Eine An gliederung der Innungsfachschulen an die städtische Fort bildungsschule soll auf Antrag zugelassen werden. Die Innungen haben verhindert, daß sich die schweren Nachteile des Fortbildungsschulunterrichts, besonders des Abendunter richts, nicht ganz haben beseitigen lassen. Die Ratsvorlage war in einigen Punkten von den Ausschüssen verschlechtert worden. Unsere Genossen beantragten die Wiederherstellung der Ratsvorlage. Dieser Antrag wurde mit 36 gegen 30 Stimmen abgelehnt.

Die Sozialdemokraten nahmen ferner wiederholt Gelegenheit, für die Einheits- und gegen die Standes Schulen zu erklären. Auch der allgemeine Schulfonds des Kultusministeriums widmeten sie volle Aufmerksamkeit. Die aus sozialdemokratischen Frauen bestehende Kinderschutzkommission hatte ein Schreiben an beide städtische Kollegien gerichtet, dem unter näherer Begründung beontragt war: „In den Schulen Vorfehrung zu treffen, daß Kinder, die ohne Aufsicht sind, im Bereich der Schulen bleiben und dort — möglichst unentgeltlich — Aufsicht, Kosten und Überwachung bei den Schularbeiten finden können.“ Dieses Schreiben wurde zunächst dem Rat zur Entschließung überwiesen, der durch die Schuldirektoren Erörterungen in das Sachen anstellen und sie um ihre Meinung befragen ließ. Später wurde eine Ratsdrucksache vorgelegt, in der sehr eingehende Darlegungen enthalten waren, die Anregung der Kinderschutzkommission aber abgelehnt wurde. Ein Direktoren-Konferenz war zu der Meinung gekommen, da eine Änderung und Verbesserung der schon bestehenden Einrichtungen im Sinne des Antrags schon deshalb nicht angegangig sei, weil „die erforderlichen Geldmittel nicht vorhanden sind“. Weiter war gesagt: „Es fehlen die zu Verteilung, Beaufsichtigung und sonstigen Bedienung der Kinder nötigen Kräfte, denn Besuch ist schwerwiegend abgängische Bedenken (1) entgegen.“ Die Herren Direktoren betonten aber auch ihre grundjährige Abneigung gegen die geforderte Art der Kinderfürsorge. Und zwar mit folgenden Sätzen: „Die Kommission verkennt völlig das Wesen und die Aufgabe der Volkschule; diese soll nicht sein ein Ertrag für das Elternhaus, sondern eine Gehilfin desselben. Die Direktorenhaft erblidt in dem Antrage eine große Gefahr für die Familie, die naturgemäße Stätte der Erziehung und damit die wichtigste Grundlage des gesamten Volkes.“ Aus dieser Stellungnahme spricht eine höchst brennliche und bedauerliche Einseitigkeitslosigkeit; ein erschrecklicher Rang an Kenntnis der sozialen Verhältnisse und eine rechtspießbürgerliche Auffassung über Erziehungsaufgaben. Später berichtete der Rechtsausschuss über das Schreiben des Rates, dessen ablehnender Haltung beizutreten er empfahl. Die Debatte darüber war lang und gründlich. Die Sozialdemokraten kritisierten scharf die in der ganzen Behandlung der Sache aufgetretene Einseitigkeitslosigkeit. Sie stellten schließlich folgenden Antrag: „Kollegium wolle den Rat ersuchen, in neuere Erwägung über eine systematische Ausgestaltung des Kinderschutzes und der Kinderfürsorge nach sozialen und pädagogischen Gesichtspunkten einzutreten.“ Die Mehrheit trat dem Rate bei, der sozialdemokratische Antrag aber wurde dem Rechtsausschuss überwiesen. — Dieser berichtete später weiter darüber und beantragte, den Antrag dem inzwischen ins Leben getretenen Sozialen Ausschusses zur Vorprüfung zu überreichen.

Streiknünische des Wahlkreises 11 - 1

k. Aus der Empörung der Bergarbeiterchaft über den sie unternommene Attentat des Bechenverbandes, durch Centralarbeitsnachweis die Freizügigkeit und das Koalitionstreitgebot illegal zu machen, haben viele bürgerliche Kreise gefolgt, daß ein Streik im Nahrtreibler zur Abwendung eines Anschlags nahe bevorstehe. Diese Gerüchte verbreiteten sogar zu der Meldung, die Bergarbeiterorganisationen wären einem allgemeinen Streik im Januar des kommenden Jahres verstanden und betrieben bereits entsprechende Maßnahmen. Fiktiven falschen und zum Teil sinnlosen Meldungen treten in leichten Tagen mehrere Handelsblätter entgegen. Es ist richtig, daß zum Beispiel das Berliner Tageblatt, daß in der Bergarbeiterchaft über die Einführung des Centralarbeitsnachweises Erregung herricht, die auch in weiten Kreisen als berechtigt erkannt wird, aber in leitenden Kreisen der Bergarbeiter-Regierung ist man ganz und gar nicht der Ansicht, daß es nur ein Streik der Bergleute bevorstehe. Von seinem Herausgeber durch einen Streik jetzt in die Lage gebracht werden würden, ihre gewaltigen Kohlen- und Stahlwerke, die durch die lange Lagerung an sich eine teilweise recht beträchtliche Wertminderung erfahren, zu guten Preisen abzulehnen, diesen Erwägungen heraus wärnen in den Bergarbeiter-Veranstaltungen die Redner aller Parteien.

vor unüberlegten Schritten. Von den Führern des alten Bergarbeiterverbandes, hebt der Bericht hervor, sei sogar in den Versammlungen ausdrücklich erklärt worden, daß diejenigen Mitglieder, die ohne Genehmigung des Verbandsvorstandes sich in einen Streik stürzen sollten, auf eine Unterstrafung nicht zu rechnen

Dieser Darstellung ist hinzuzufügen, daß das Kohlensyndikat und die ihm angehörenden Betrieb noch nie über so enorme Vorräte von Kohlen und Koks verfügten, wie in der gegenwärtigen Zeit. Das Kohlensyndikat hat vor einigen Monaten neue umfangreiche Lagerstätten, die inzwischen aufgefüllt worden sind, erworben. Lange bevor an den Plan des Betriebsverbandes, mit den barterer Wirklichkeit den Zentral-Arbeitsnachweis zur Steuerung der Arbeiterschaft durchzuführen, in der Offenheit gedacht werden konnte, haben wir berichtet, daß in Kreisen, die mit den Auffassungen der Kohlemagnaten vertraut zu sein pflegen, gesuscht wurde, die Politik des Syndikats während der Krise werde von dem Ziel geleitet, sich auf einen Streik der Arbeiterschaft vorzubereiten, den man bei Beginn einer besseren Konjunktur erwarte. Die Art der Einführung des Zentralarbeitsnachweises in diesem Augenblick bestätigt, daß den Syndikatsherren ein Streik jetzt nicht unwillkommen wäre. Sie könnten die unter billigen Bedingungen angehäuften Vorräte nicht nur zu teuren Preisen verlaufen, sie würden auch unter Verzusung auf den Streik sofort mit Preiserhöhungen vorgehen, die nicht nur die geringen Preisermäßigungen, zu denen sie sich unter dem Zwang der Verhältnisse verstehen müssten, ausgleichen, sondern übersteigen würden. Alles spricht dafür, daß das Syndikatkapital einen Bergarbeiterstreik in diesem Augenblick als eine Rücksicht ihrer gemeingefährlichen Terrors begrüßen würde. Es gibt keine Handlung, bei sie noch so brutal und blutig, die dem Syndikatkapital schon nach den bisherigen Vorkommnissen nicht zugetraut werden könnte und dürfte.

Nicht nur die Bergarbeiter und mit ihnen die gesamte Arbeiterschaft, sondern auch große Schichten des Bürgertums, die bittere Klagen über das rücksichtslose Treiben der Kohlenmonopolisten fortwährend erhoben haben, müssen es als Lebensnotwendigkeit empfinden, daß der schrankenlosen Willkür des Syndikats ein Damm errichtet werde.

Vom amerikanischen Gewerkschaftskongreß

Der diesjährige Kongress der „American Federation of Labor“ stand, wie schon berichtet, in Toronto (Kanada) statt. In seinem Vorberichte an den Kongress konstatiert der Präsident Komper mit Genugtuung, daß es den Gewerkschaften Nordamerikas trotz äußerst ungünstiger Umstände im allgemeinen möglich gewesen ist, die infolge der wirtschaftlichen Krise befürchteten Lohnverabsenkungen zu verhindern. Ein Drittel der angeschlossenen Gewerkschaften berichtet eine Mitgliederzunahme von 80 000 im letzten Jahre, doch ist insgesamt ein Rückgang in der Mitgliederzahl zu verzeichnen. An die Landeszentrale wurden Beiträge abgeführt: im Jahre 1900 für 573 700 Mitglieder, 1904 für 1 738 300 Mitglieder, 1908 für 1 689 200 Mitglieder und 1909 für 1 556 400 Mitglieder. 98 der angeschlossenen Gewerkschaften waren in 693 Kreis mit insgesamt 87 081 Beteiligten vereidelt. Von den teilnehmenden ergingen 58 971 ganze oder teilweise Erfolge, während 4932 Arbeiter feinerlei Erfolge verzeichnet werden. Die Gewerkschaften des Kreises haben 1909 1 100 000 Arbeitsstunden erbracht.

Die von den angeschlossenen Verbänden im verflossenen Finanzjahr verausgabten Unterstützungssummen sind u. a. Siethe-
lb für Mitglieder (57 Gewerkschaften) 4 985 582 M., Sterbegeld
für verstorbene Frauen von Mitgliedern (7 Gewerkschaften) 206 840
M., Krankenunterstützung (20 Gewerkschaften) 3 074 211 M.,
Leiseunterstützung (4 Gewerkschaften) 218 285 M., Arbeitslosen-
unterstützung (8 Gewerkschaften) 2 082 019 M. Wie hieraus er-
sichtlich, ist von den allgemeinen Unterstützungsrechten nur die
Arbeitsunterstützung gleichmäßig allgemein eingeführt.

Bericht Durchführung des Rechtsstreites in dem bekanntesten
gezeigte Gompers und Genossen ist ein freiwilliger Fonds angelegt,
der höher an Einnahmen 186 051 M. an Ausgaben 26 849 M.
und einen Fossenbestand von 159 702 M. aufweist.
Von der Gewerkschaftsgentrale selbst wurden 34 Diktatüleiter
angestellt oder teilweise besoldet. Die Gesamtkosten hierfür belaufen
sich auf etwa 200 000 M. Der Gentrale direkt angeschlossen sind
119 Landesverbände (International Union), 39 Staatsver-
bände, 595 Gewerkschaftsstädtische und 4 besondere Gruppen.
Wie schon frühere Berichte, so enthält auch der diesjährige Bericht
Übertragung auf Schaffung eines besonderen Arbeitsministeriums,
Forderung auf gesetzliche Festlegung des Arbeitstundentages, Unfall-
abgabung und dergl. Die Forderung des Arbeitstundentages wird
sonders mit den Ergebnissen einer amtlichen statistischen Unter-
suchung über den Aufschwung der Produktion und der Arbeitslöhne
verbunden. Bemerkenswert ist, daß in denjenigen Gemeinden, in

der Wählstundentag durchgeführt wurde, wie im Baugewerbe, die seitdem um 25 bis 100 Proz. gestiegen sind.

Einsprechend der Förderung der Gewerkschaften werden in die täglichen Volks- und Berufszählungen auch die Zahl der Arbeitslosen, sowie Dauer und Ursache der Arbeitslosigkeit aufgenommen.

Unter „Praktische politische Betätigung der Arbeiterschaft“ wird Gewerkschaften der Staat erlaubt, für die politische Schulung ihrer Mitglieder bestrebt zu sorgen, damit sie ihr Wahlrecht zu den bestreiten Körperschaften im Interesse der Arbeiterschaft, ohne Rücksicht auf die politische Stellung der betreffenden Kandidaten, ausüben können.

Bei den Sozialdeien unterscheidet der ihre Differenzen anerkennt und teilt. Daraus wird es möglich sein, auf alle Parteien einen gerechten Einfluss auszuüben.

Dem Deutschen Reichsrat über seine Tutorareise entnahm nur g. z. ausserdem der internationale Geschäftskontakt. Es muß gezeigt werden, daß die Konferenzen des Internationalen Betriebsrats nicht weniger praktischen Aufzwecken dienen, als jenen der Förderung des Friedens, Ausdrucks von Freundschaftsvereinigungen und Bekämpfung von Statistiken. Die Bevölkerung bedarf es nicht vom gewerkschaftlichen. Die Delegierten aus Österreich und Holland bestreiten ihre vielen Reden auf sozialistische Propaganda und die Verwertung des reinen Gewerkschaftswesens. . . . Um allgemeinen hat die Konferenz das Recht für die Möglichkeit einer internationalen vertraglichen Wirtschaftsgemeinschaft. Die demokratischen zusammenziegen, der Arbeitserneuerung jeden Landes. Die Staatsräte führen und nichtgewerkschaftliche Reden von ihren Vereinigungen ausdrückt. Ich bin vollkommen überzeugt, daß ebenso das internationale Betriebsrat noch vieles zu tun hat, um die Interessen der Arbeiter Amerikas durch den Anschluß an dasselbe gesetzert werden, und deshalb zögere ich auch nicht, diesen Anschluß zu empfehlen. Die Unionsen würden gering sein, ebenfalls die materiellen Vorteile, jedoch würde der Geist internationaler Brüderlichkeit in unermeidlicher Weise gefördert werden. Auch bin ich überzeugt, daß unter Anschluß an das internationale Sekretariat die Gründung einer internationalen Federation der Arbeit leichter gelingen würde.

Zum Schlus wird dann darauf hervorruhn, daß in keinem Lande die Gewerkschaften unabhängiger, höher und erfolgreicher seien, als in den Vereinigten Staaten. Die genetische Entwicklung von Delegierten sei das rechte Mittel, Verständnis und Aufführung über die Vereinigung der vertriebenen Länder zu verbreiten. Nicht Freizeitgäste unter den Gewerkschaften der einzelnen Länder würde die Verbindungen der Arbeiterschaft immer stärker gehalten. Es müsse zum Prinzip werden, Mitglieder einer anerkannten Gewerkschaft überall als gleich- und vollberechtigte Kameraden angesehen.

Deutsches Reich.

Bassermann, Stresemann und die Scharfmacher.

Von den Verhandlungen der Zentralverbände im Hotel Adlon am 15. Oktober, die sich mit der Gründung des olympia-politischen Wahlkörpers beschäftigen, ist noch ein Moment von Wichtigkeit nachzuholen. Es wurde in jener Versammlung insbesondere den Abgeordneten Bassermann und Stresemann mit der Entziehung der Wahlkörpers droht, wenn sie nicht bei den sozialpolitischen Abstimmungen des Reichstags im Sinne des Zentralverbandes neue und bessere beweisen. Nun ist es bekannt, daß die nationalliberalen Leute gerade in der Blütezeit waren und gar nichts für den sozialpolitischen Fortschritt getan haben. Aber der Zentralverband ist doch mit ihnen noch nicht zufrieden. Wie mögen nun die nationalliberalen Männer Angstnähe aufzuführen, um zugleich in der Öffentlichkeit als ehrliche Freiheitskämpfer zu erscheinen und doch die Lobeßprüche und vor allem die Gelder der Großkapitalisten zu ergattern.

Landsberg-Soldin.

Die Bedeutung des Wahlkörpers in dem überwiegend ländlichen Wahlkreis Landsberg-Soldin wird ein recht deutlich wenn an den Wahlauftakt von 1903 erinnert wird. Bei dieser Wahl, die für die Sozialdemokratie unter günstigen Verhältnissen stattfand, hatte im ersten Wahlgang der Konkurrenz 11 442, der Sozialdemokrat 6082, der Freisinnige 4774 Stimmen. In der Stichwahl siegte dann der Konkurrenz mit 14 566 über die 5123 Stimmen des Sozialdemokraten. Der Zuspruch des Konkurrenz betrug 8114 Stimmen, der des Sozialdemokraten 1138. Die Freisinnigen zugunsten des Konkurrenz war 6433. Bei der zweiten Wahl, die erzielte im ersten Wahlgang der Konkurrenz 1470 (+ 1972), der Sozialdemokrat 7556 (+ 500), der Liberale 3376 Stimmen (+ 1602). Bei der Stichwahl belauf dem Konkurrenz diesmal 12 370 (- 2186), der Sozialdemokrat 11 226 (+ 3103) Stimmen. Der Zuspruch des Konkurrenz stand auf vierzig ländliche Kreis Landsberg-Soldin hat somit am 22. November aufgetreten, für die Sozialdemokratie an den aussichtsreichsten zu gehörten. Auch in ihren weiteren Gefilden sind die Agarier nicht mehr sicher vor dem Erwachen des Volkes.

Die Lebensdauer des gegenwärtigen Reichstags.

Nieder die Lebensdauer des gegenwärtigen Reichstags scheinen sie und da Zweifel zu bestehen. Der jeweils Reichstag ist nach der Auflösung vom 13. Dezember 1906 im Januar 1907 gewählt worden. Die fünfjährige Legislaturperiode endet also im Januar 1912. Dieser Reichstag hat demnach, wenn nicht die nicht vorauszusehende Notwendigkeit einer Auflösung eintritt, noch mit zwei regulären Sessionen zu rechnen, das im acht Tagen beginnenden neuen Session 1909/10 und einer im nächsten Herbst beginnenden 1910/11. Natürlich könnte dieser Reichstag auch noch einmal im Herbst 1911 einzutreten, wie die Kreuzzeitung es meint und zu wünschen scheint, das hätte aber, da die Legislaturperiode im Januar 1912 abläuft, keinen Zweck. Es würde in den sechs bis acht Wochen, die zur Verfügung ständen, kein Gesetzentwurf zu stände kommen, vor allen Dingen nicht, was das wichtigste ist. Der Staat für 1912, der am 1. April in Kraft treten muß, für die Regierung wird irgend ein Auftakt für eine solche Session nicht vorliegen können, und so wird man aller Voraussicht nach damit zu rechnen haben, daß nach Beendigung der Session 1910/11 der Reichstag aufgelöst wird und daß spätestens im Herbst 1911 die Neuwahlen stattfinden.

Der badische Landtag

ist am Dienstag eröffnet worden. In der Thronrede wird zunächst die sofortige Einbringung des Staatshaushalts angekündigt; dieser schließt mit einem nachhaltigen Zahlbetrag ab, der eine Verminderung der Staatsausgaben durch Steuerhöhung bedingt. Die Verwaltung der Eisenbahnen verlangt zur Bergbau- und Tilgung der Eisenbahngäule einen Zufluss aus der allgemeinen Staatsverwaltung. Weiter kündigt die Thronrede einen Gesetzentwurf zur Erhöhung der Biersteuer an, ferner einen solchen wegen Aenderung der Einkommen- und Vermögenssteuer. Gerner wird angekündigt die Einbringung eines Wohnungseldgesetzes, eine Novelle zum Wassergesetz, ein Irrtumsgesetz, eine Änderung der Gemeinde- und Städteordnung, ein Gesetz über das Unterlegungsrecht und schließlich eine Vorlage wegen Aenderung des Schlechtes über den Elementarunterricht. Im letzterem ist eine Erhöhung der Bezüge der Volksschullehrer und Lehrerinnen und die Neugestaltung der Vorschriften über die Schulaufsicht vorgesehen.

Die Thronrede verhindert es, den Ausfall der Wahlen zu verhindern.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Landtag folgende Anträge eingebraucht:

Die badische Regierung möge mit den deutschen Eisenbahnenverwaltungen zu einer Abschaffung der ersten Klasse in Verbindung treten. Für die badischen Eisenbahnen soll das Kilometerrecht wieder eingeführt werden. Vorlegung eines Gesetzentwurfs über Regelung des Arbeitsnachweises. In den Staat für 1910/11 sollen zum Zwecke der Fürsorge für Arbeitslose 100 000 M. eingesetzt werden.

Den Arbeitern der badischen Staatsverwaltung sei eine tägliche Lohnzulage von 25 Pf. und allen Beamten mit einem Jahresegehalt bis zu 3000 M. eine jährliche Leistungszulage von 90 M. zu gewähren.

Die Regierung möge dem Landtag eine Vorlage angeben lassen durch die die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung des Arbeiters, geworben durch die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung des Arbeiters, geworben durch die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung des Arbeiters, geworben durch die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung des Arbeiters, geworben durch die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung des Arbeiters, geworben durch die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung des Arbeiters, geworben durch die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung des Arbeiters, geworben durch die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung des Arbeiters, geworben durch die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung des Arbeiters, geworben durch die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung des Arbeiters, geworben durch die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung des Arbeiters, geworben durch die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung des Arbeiters, geworben durch die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung des Arbeiters, geworben durch die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung des Arbeiters, geworben durch die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung des Arbeiters, geworben durch die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung des Arbeiters, geworben durch die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung des Arbeiters, geworben durch die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung des Arbeiters, geworben durch die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung des Arbeiters, geworben durch die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung des Arbeiters, geworben durch die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung des Arbeiters, geworben durch die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung des Arbeiters, geworben durch die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung des Arbeiters, geworben durch die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung des Arbeiters, geworben durch die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung des Arbeiters, geworben durch die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung des Arbeiters, geworben durch die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung des Arbeiters, geworben durch die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung des Arbeiters, geworben durch die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung des Arbeiters, geworben durch die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung des Arbeiters, geworben durch die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung des Arbeiters, geworben durch die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung des Arbeiters, geworben durch die Gewerbeinspektion derart ausgestattet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Reihen der Arbeiter und Arbeitnehmer angestellt wird, damit alle der Inspektion unterstehen Betriebe in Zahl mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstöße festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.

Die Regierung soll

unter den Ungeflügeln befinden sich die Obersten Polizisten, brasilianische, Gouverneure, Generäle, Minister, Beamte und Bürger sind Personen in den Anfangsberichten verlegt worden. Die Gesamtzahl der berüchtigten Intendantenbeamten beträgt 130.

Amerika.

Die Vereinigten Staaten und Nicaragua.

Newport, 23. November. In Bluffield (Nicaragua) wurden zwanzig amerikanische Geschäftsmänner auf Geheiß des Präsidenten Belaño ins Gefängnis geworfen. Es ist die Anschuldigung hin, die Revolutionäre unterstützen zu haben. W. Malcomson, der Vertreter einer New-Orleanser Firma, telegraphiert aus Costa Rica, daß er aus einem nicaraguanischen Gefängnis entflohen sei, wo hunderte von Amerikanern als politisch gefährlich festgesetzt würden. Hier sei auch ein Deutscher, Gottlob Groß, der Geschäftsmann und Vertreter Belaños, auf seine Freiheit gespannt gesetzt, da er auf freiem Fuß für sein Leben steht. Dieser Mann habe große Finanzunternehmungen getrieben, bei denen Präsident Belaño sich Millionen verdient hat. Das amerikanische Manövrenboot Wissborg ist in Corinto angelangt, der Kreuzer Desmonde liegt vor Granada. Gestern wollte der Geschäftsmann von Nicaragua Rodriguez dem amerikanischen Staatsdepartement sprechen. Sowohl das Staatschrein Ang als die Offiziersräte weigerten sich, ihn zu empfangen; sie schütteten Arbeitsüberprüfung vor. Die Erbitterung über Nicaragua ist in Regierungskreisen außerordentlich groß.

Washington, 23. November. Die amerikanische Regierung wird eine bedeutende Geldentzettelung von Nicaragua für die überlebenden der beiden erschossenen Amerikaner verlangen. Die amerikanischen Behörden planen eine umfangreiche Flottendemonstration gegenüber Nicaragua. Es herrscht infolge dessen eine große Spannung; sie schütteten Arbeitsüberprüfung vor. Die Erbitterung über Nicaragua ist in Regierungskreisen außerordentlich groß.

Washington, 23. November. Die amerikanische Regierung

Einführung von Schiffahrtsabgaben.

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

1. Was hat die Adm. Staatsregierung zur Bekämpfung der geplanten Einführung von Schiffahrtsabgaben auf den natürlichen Wasserstraßen bis jetzt getan?

2. Welche Bündnisverträge erläutern sich im Bundesstaat gegen die Einführung von Schiffahrtsabgaben bez. von welchen Bundesregierungen ist eine Ablehnung der ebenen sicher zu erwarten?

Finanzminister Dr. v. Bülow erklärt sich zur Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. Günther (frei.) begrüßt die Interpellation und wirkt einen Rückblick auf die bisherigen Erfahrungen über diese Gegenstand.

§ 19 des preußischen Wasserstraßenvertrages, der eine Gebührenabfuhrung für Nutzung der natürlichen Wasserstraßen zuläßt, ist im Artikel 54 der Reichsverfassung.

Dieser Artikel kann durch eine Änderung der Reichsverfassung wiederhergestellt werden;

aber es ist über 14 Stimmen im Bundesrat nötig.

Es ist aufgeklärt, daß durch Annahme eines entsprechenden Gesetzes durch den Bundesrat die Einführung von Schiffahrtsabgaben beobachtet werden kann. Für uns ist also die Situation klar. Die liberalen Schichten sind gegen die Einführung von Schiffahrtsabgaben auf der Elbe einig.

Die Gründe der Schiffahrtsabgaben machen es erforderlich, die Einnahmen müssen auf Regelung und Verleitung der Wasserstraßen verwendet werden. Die allgemeine Meinung geht aber dahin,

dass die Konkurrenz im preußischen Abwasserbau mit ihrem Antrag nur die Einführung von ausländischen Gemeinden und die Holzfeuerung verhindern wollen.

Welche großen wirtschaftlichen Nachteile für Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft in Sachsen durch die Erhebung von Abgaben auf der Elbe entstehen werden, ist bereits früher aufgezeigt worden.

Bei einer Regulierung werden die Wasserstraßen nicht weiterhin

der Elbe sogar noch schädigt werden. Und doch ruht auf diesem Plan

des Gedankens die Einführung der Schiffahrtsabgaben. Die Beschlüsse in Sachsen zeigen, daß es auf die Summe Sachsen im Bundesrat ankommt.

Die Hamburger Kaufmannschaft und auch der Generaldirektor haben

die geplante Einführung von Schiffahrtsabgaben als den ungünstigsten Gedanken bezeichnet.

Die Unzufriedenheit über die gegenwärtige Staatsverwaltung ist im Flecken gewachsen, daß durch neue volkswirtschaftliche Vorlagen die Unzufriedenheit im Volke noch mehr zu steigern. Die volkswirtschaftlichen Interessen sprechen gegen die Einführung von Schiffahrtsabgaben, die nur eine Förderung preußischer Agrarpolitik ist. (Brau! bei den Nationalliberalen und Freisinnigen.)

Finanzminister Dr. v. Bülow: Erstens ich das letzte Mal in

diesem Hause über den gleichen Gegenstand gesprochen habe, hat sich die Situation wieder geändert, als die preußische Regierung inzwischen

dem Bundesrat einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt hat. Dieser ist dann als ungültiger Ausdruck überwunden worden, doch hat dieser noch

eine Sitzung dazu genommen. Anschließend haben auch die Abgeordneten noch keine Einigkeit gefunden, überreicht zu dem Entwurf

Stellung zu nehmen, absehbarlich hat die sächsische Regierung

aber in dieser Sache unentschlossen mit den anderen

Abgeordneten eine entsprechende Entscheidung vorgenommen, doch lange ist mich heute nicht über

das Ergebnis dieser Verhandlungen aufzuteilen, da sie streng ver-

traulicher Natur waren. Über die Sitzungsnahme der sächsischen

Regierung kann dieses Haus aber keinen Zweifel haben, ob ihre

Vereinbarungen sind durch den Entwurf nicht abge-

schiedet, gleichzeitig beteiligt worden. (Brau!) Sie erachtet den Entwurf vielmehr als eine Durchbrechung der

Reichsverfassung. (Sehr wohl! rechts und in der Mitte.) Die

preußische Regierung hat nun im April 1905 einen Antrag im Bundes-

rat eingereicht, die Beratung des Gesetzentwurfs der preußischen Regierung

aufzuheben, bis letztere eine Begründung des Gesetzentwurfs ergeben habe.

Das dorthin, damit volle Klarheit im Bundesrat über die Ziele der

Abgeordneten gewonnen wird. Die sächsische Regierung hat aber

auch ihre grundsätzlichen Bedenken gegen den Entwurf geltend

gestellt. Der Antrag der sächsischen Regierung ist noch nicht zur

Verhandlung gelangt, sie wird auch eine Entschuldigung zur Begründung

ihres Antrages einreichen. Dies ist der Stand der Sache.

Die sächsische Regierung bedauert auch heute noch, daß sie in dieser

Frage nicht Hand in Hand mit der preußischen Regierung gehen kann, wenn man überhaupt von einer solchen

Wortwahl den Nachteil, die Einführung der Schiffahrtsabgaben

zu Folge haben müßte, zu übernehmen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Roth (frei.): Ich beantrage Beipräzung der Interpellation.

Das Haus beschließt dementsprechend.

Abg. Dr. Spiek (soz.): Ich drücke meine Zustimmung über die Erklärung des Ministeriums aus. Die Riede steht auf dem gleichen Standpunkt

wie der Unterstaat und die Regierung. Wenn der Abg. Günther die

Einführung von Schiffahrtsabgaben als eine Förderung agrarischer

Natur bestimmt hat, so trifft, wenn man überhaupt von einer solchen

Wortwahl den Nachteil, die Einführung der Schiffahrtsabgaben

zu Folge haben müßte, zu übernehmen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Roth (frei.): Ich beantrage Beipräzung der Interpellation.

Das Haus beschließt dementsprechend.

Die sächsische Regierung hat aber

auch ihre grundsätzlichen Bedenken gegen den Entwurf geltend

gestellt. Der Antrag der sächsischen Regierung ist noch nicht zur

Verhandlung gelangt, sie wird auch eine Entschuldigung zur Begründung

ihres Antrages einreichen. Dies ist der Stand der Sache.

Die sächsische Regierung bedauert auch heute noch, daß sie in dieser

Frage nicht Hand in Hand mit der preußischen Regierung gehen kann, wenn man überhaupt von einer solchen

Wortwahl den Nachteil, die Einführung der Schiffahrtsabgaben

zu Folge haben müßte, zu übernehmen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Roth (frei.): Ich beantrage Beipräzung der Interpellation.

Das Haus beschließt dementsprechend.

Die sächsische Regierung hat aber

auch ihre grundsätzlichen Bedenken gegen den Entwurf geltend

gestellt. Der Antrag der sächsischen Regierung ist noch nicht zur

Verhandlung gelangt, sie wird auch eine Entschuldigung zur Begründung

ihres Antrages einreichen. Dies ist der Stand der Sache.

Die sächsische Regierung bedauert auch heute noch, daß sie in dieser

Frage nicht Hand in Hand mit der preußischen Regierung gehen kann, wenn man überhaupt von einer solchen

Wortwahl den Nachteil, die Einführung der Schiffahrtsabgaben

zu Folge haben müßte, zu übernehmen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Roth (frei.): Ich beantrage Beipräzung der Interpellation.

Das Haus beschließt dementsprechend.

Die sächsische Regierung hat aber

auch ihre grundsätzlichen Bedenken gegen den Entwurf geltend

gestellt. Der Antrag der sächsischen Regierung ist noch nicht zur

Verhandlung gelangt, sie wird auch eine Entschuldigung zur Begründung

ihres Antrages einreichen. Dies ist der Stand der Sache.

Die sächsische Regierung bedauert auch heute noch, daß sie in dieser

Frage nicht Hand in Hand mit der preußischen Regierung gehen kann, wenn man überhaupt von einer solchen

Wortwahl den Nachteil, die Einführung der Schiffahrtsabgaben

zu Folge haben müßte, zu übernehmen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Roth (frei.): Ich beantrage Beipräzung der Interpellation.

Das Haus beschließt dementsprechend.

Die sächsische Regierung hat aber

auch ihre grundsätzlichen Bedenken gegen den Entwurf geltend

gestellt. Der Antrag der sächsischen Regierung ist noch nicht zur

Verhandlung gelangt, sie wird auch eine Entschuldigung zur Begründung

ihres Antrages einreichen. Dies ist der Stand der Sache.

Die sächsische Regierung bedauert auch heute noch, daß sie in dieser

Frage nicht Hand in Hand mit der preußischen Regierung gehen kann, wenn man überhaupt von einer solchen

Wortwahl den Nachteil, die Einführung der Schiffahrtsabgaben

zu Folge haben müßte, zu übernehmen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Roth (frei.): Ich beantrage Beipräzung der Interpellation.

Das Haus beschließt dementsprechend.

Die sächsische Regierung hat aber

auch ihre grundsätzlichen Bedenken gegen den Entwurf geltend

gestellt. Der Antrag der sächsischen Regierung ist noch nicht zur

Verhandlung gelangt, sie wird auch eine Entschuldigung zur Begründung

ihres Antrages einreichen. Dies ist der Stand der Sache.

Die sächsische Regierung bedauert auch heute noch, daß sie in dieser

Frage nicht Hand in Hand mit der preußischen Regierung gehen kann, wenn man überhaupt von einer solchen

Wortwahl den Nachteil, die Einführung der Schiffahrtsabgaben

zu Folge haben müßte, zu übernehmen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Roth (frei.): Ich beantrage Beipräzung der Interpellation.

Das Haus beschließt dementsprechend.

Die sächsische Regierung hat aber

auch ihre grundsätzlichen Bedenken gegen den Entwurf geltend

gestellt. Der Antrag der sächsischen Regierung ist noch nicht zur

Verhandlung gelangt, sie wird auch eine Entschuldigung zur Begründung

ihres Antrages einreichen. Dies ist der Stand der Sache.

Die sächsische Regierung bedauert auch heute noch, daß sie in dieser

Frage nicht Hand in Hand mit der preußischen Regierung gehen kann, wenn man überhaupt von einer solchen

Wortwahl den Nachteil, die Einführung der Schiffahrtsabgaben

zu Folge haben müßte, zu übernehmen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Roth (frei.): Ich beantrage Beipräzung der Interpellation.

Das Haus beschließt dementsprechend.

Die sächsische Regierung hat aber

auch ihre grundsätzlichen Bedenken gegen den Entwurf geltend

gestellt. Der Antrag der sächsischen Regierung ist noch nicht zur

Verhandlung gelangt, sie wird auch eine Entschuldigung zur Begründung

ihres Antrages einreichen. Dies ist der Stand der Sache.

Die sächsische Regierung bedauert auch heute noch, daß sie in dieser

Frage nicht Hand in Hand mit der preußischen Regierung gehen kann, wenn man überhaupt von einer solchen

Wortwahl den Nachteil, die Einführung der Schiffahrtsabgaben

zu Folge haben müßte, zu übernehmen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Dresden und Umg.

Sonnabend den 27. November 1909, abends halb 9 Uhr

Drei öffentliche Versammlungen

für die Metallarbeiter des Plauenschen Grundes
im Augustabad, Deuben, Gasthof Birkigt und Gasthof Zauckerode.

Tages-Ordnung:

Weniger Steuern, mehr Lohn. — Verbandsangelegenheiten.

Referenten:

herr Stuhlschreiner Buek, herr Parteisekretär Lahmann, Herr Zeugstabsgefreiter Riem.

Es ist Pflicht aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeitnehmer, diese Versammlungen zu besuchen und für guten Besuch zu antreten.

Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Verein
für den 6. sächsischen Reichstagswahlkreis.**

Familienmitglieder: 2000,-
Deuben, Freibergische 77/8,
Bereit. Eine Deube Nr. 774

Bürozeitung: Wochenzettel von 8 bis
1 Uhr und 3 bis 4 Uhr. Dienstag
bis 7 Uhr abends

Bezirk Dippoldiswalde-Schmiedeberg.

Freitag den 26. November, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr: Mitgliederversammlung im Schützenhaus in Dippoldiswalde. Tagesordnung: 1. Gewerkschaften und Genossenschaften. Referent: Genosse Paul Starke, Dresden. 2. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung. 3. Allgemeines. — Jubiläumsbesuch erwartet. D. V.

**Ortskrankenkasse
für Radebeul u. Nachbarorte**

Sonnabend den 27. November, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr

Ordentliche General-Versammlung

im Saale zu den Vier Jahreszeiten.

Tages-Ordnung:

- Allgemeiner Bericht.
- Erstwahl für den Vorstand (1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer). Es werden aus die Herren Hörmig, Arbeitgeber, Roth und Schmidt, Arbeitnehmer.
- Wahl der Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung.
- Witterung und Aussprache betr. Sanitätskolonne.
- Allgemeines.

Um fünfzehn Minuten erüchtigt

Der Vorstand der Ortskrankenkasse für Radebeul u. Nachbarorte.

R. Roth, Vorsteher.

Radebeul, den 16. November 1909.

**Gemeinsame Ortskrankenkasse für Deuben u.U.
zu Deuben.**

Montag den 29. November, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr

30. ordentl. General-Versammlung

im kleinen Saale des Gasthofs zum Sächsischen Wolf.

Tages-Ordnung:

- Kassenbericht für das 1. bis 3. Quartal 1909.
- Neuwahl der Rechnungsprüfer für das Jahr 1909.
- Neuwahl der Vorstandsmitglieder:
a) 1 Arbeitgeber; b) 3 Kassenmitglieder und 2 Gutsvertreter
(3 Arbeitgeber, 6 Kassenmitglieder).
- Wertstewahl für das Jahr 1910.
- Anträge:
1. des Herrn Barthmann und Genossen: Abänderung von § 50 des Kassenfatu, die Verminderung der Zahl der Generalversammlungsvertreter betr.; 2. des Herrn Karl Spengler: Einführung einer höheren Rentengeldklasse betr.
- Vorlage eines Pensionärsstatus für die Kassenangestellten.
- Allgemeine Kassenangelegenheiten.

Deuben, den 23. November 1909.

Der Vorstand.

Oskar Hartmann, Vorsteher.

Waren-Verlosung Turnverein Kleinnauendorf.

Nichtauskunft folgender Nummern:
Rückzug 239 Ballot 490
1282 1289
1644 1655
2282 2281
2648 3181
3183



Berantwortlich für den redaktionellen Teil: Robert Gräbisch, Dresden-Grunau. — Berantwortlich für den Anzeigenenteil: Heinrich Giebler, Dresden. — Druck vom Raben u. Rabe, Dresden.

Rotti kaufen Sie in allen guten Geschäften

Rotti

WÜRFEL

Rotti
echte
Bouillion-Würfel

werden von keiner
Nachahmung erreicht.

Original-

Dosen: 10 Stück 50 Pf.

" 20 " 1 M.

Hausdorf & Schwarz
Kette Gesellschaft mbH.
München.

ALLEN VORAN!

Wieder A. Uebrig: Robert Mancke, Dresden, An der Brückengasse 10, Tel. 6818, Ant. 1.

Wasserfall

2 Bil. von Spül. Dresden-Alstadt Kanalgasse 3

Bon heute an Auskunft von

ff. Reisewitzer Bock

Fidele Bookmusik.

Reitich gratis. ■■■■■ Internationaler Verlehr.

Geschäftsanzeige

Zigarren und Zigaretten

■■■■■ nur Prima-Ware ■■■■■

Felix Rinck, Zinzendorfstr. 30

Übernahme auch Billettverkauf für Vereine, Konzerte u. dgl.

Restaur. zur Kraftprobe

Gusschmidstraße 7.

Empfehlen unsere freundlichen Bediensteten sowie unser großes

Vereinszimmer den gebrauchten Preisen zur größigen Begegnung.

E. Feinkost-Lagerhöfe, Mähnisch und Hechelsküche, Leubnitz

Emil Friebe und Frau.



Ivo Ponomir
Gebäck das pflichtigt! Bitterbrot!
Pflaumen-Bitter-Marmorkern
von H. Schlünck & Cie A.G.
Hamburg und Mannheim

Sehen Sie auf
eine gute

Uhr
?



Fritz Moll

Uhrenmachermeister

Annenstr. 10

unmittelbar

am Postplatz

Sohlenleder-Ausschnitt!

und Schuhmacherartikel

Max Börner, Lederhandlung

Schäferstr. 2 u. Freiberger Str. 132, am Grisiplatz

KLEINE KIDS -CIGARETTE

Türk. Tabak- & Cigaretten-Fabrik „Kids“ o. E. Robert Böhme, Dresden

Am häuslichen Herd

zeigt sich das wahre Wirtschaftstalent der Hausfrau. An Stelle teurer Butter verwendet sie

Palmato die beste Pflanzenbutter-Margarine, vorzüglicher Ersatz für feinste Naturbutter und zum Kochen, Braten und Backen das beliebte Kokospfessett :: :: ::

In allen besseren Geschäften erhältlich!

**Strickwesten
Unterhosen
Strümpfe**

vorre alle unteren

Unterzeuge

für Erwachsene u. Kinder

in starker Ausführung.

Solid, Billig.

Th. Huthmann

34 Potschappel 34.

unmittelbar

am Postplatz

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Bl. 272.

Dresden, Mittwoch den 24. November 1909.

20. Jahrgang.

Sächsischer Landtag.

II. Räume.

Sitzung vom 23. November, vormittegs 10 Uhr.

(Schluß.)

Abg. Wehnert (Sos.): Vorfürstend: Aus diesen Gründen sind wir bereit, an dem Gesetzentwurf mitzuwirken. Den äußeren Platz zu dem Defekt hat gegeben, daß die Vereinigung der Lehrerinnen sich an die Regierung gewandt hat. Aufgezogen ist es mir, daß die Regierung in so kurzer Zeit diesen wünlichen Entwurf gegeben hat; dies kommt sonsti gänzlich selten vor. Daß der Entwurf jenseit nachgewiesen worden ist, hat wohl seinen Grund darin, daß sie sich in außerordentlich beschiedenen Grenzen gehalten hat.

Auf die Einzelheiten unterer Wünsche einzugehen, werde ich uns unterlassen, weil die Vorlage über die Volkschulreform ja zu erwarten ist, dieses Vorlage, wie man die heutige Vorlage eben genannt hat, aber mit der Volkschulreform in Einstellung steigen will. Unter den Gemeinden, in denen diese legendenswerte Einigung noch nicht besteht, befinden sich gerade die älteren Gemeinden. Diese werden auch in Zukunft nicht das bieten können, was schon seit einer Reihe von Jahren in anderen Städten geboten wird, weil sie die Vergleichung der Lehrerinnen und für den Unterricht selbst nicht das aufbringen können, als leistungsfähiger Geist.

Das Defekt wird nur das allernotwendigste gefordert. Es ist hier nicht überzählig, daß wir hierbei unseren Prinzipien Standpunkt betonen. Für unsere gesamten sozialverhältnisse müssen die gleichen Voraussetzungen geschaffen werden. Allen Gemeinden soll die Möglichkeit gegeben werden, einen vollständig genügenden Unterricht in allen Fächern geben zu können. Es muß hier ein möglichst gefordert werden, daß in einem Teil der Gemeinden in einer Richtung mehr geboten wird als in dem andern. Das ist aber möglich, wenn die finanzielle Grundlage eine gleichmäßige wird. Das ist im Defekt seine Spur zu finden, die Regierung scheint es gar nicht geneigt zu sein, hier Entgegenkommen zu zeigen. Wir gehen, daß der Staat die Schulauflagen überhaupt übernimmt. Bei Zusammenstellung der Kämmer und der Regierung ist an eine Umsetzung dieser Forderung ja nicht zu denken, trotzdem gebe ich der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierung den älteren Gemeinden entgegenkommt durch größere Unterstützungen, mindestens zehn Prozent der Pauschalen der Lehrer und Lehrerinnen mit auf die Schüler übernehmen. Man weiß nicht nur dann auf andere zu setzen, wenn wir etwas mehr leisten, sondern man unterlässt es dann den Hinweis nicht, wenn wir nachdrücken. Preußen kommt möglich der Pensionen der Lehrer und Lehrerinnen den Gemeinden weitesten Maße entgegen. Wenn der Staat dem hier grundlegenden Wege geht, so ist in Sachen eben mit ganz unglichen Prinzipien zu rechnen. Vielleicht wird Klage geführt, daß sich eine Reihe von Gemeinden um ihre notwendigsten Verpflichtungen gegenüber den Lehrerinnen herumgedröhnen. Es liegt hier aber kein böser Wille vor, es fehlen ihnen lediglich die Mittel. Wenn hier endliche, einheitliche Verhältnisse geschaffen werden sollen, muß der Staat hinzutreten. Wir haben lange an dem Ruhm gelehrt, das Sachsen das Land der Schulen ist; jetzt sind wir aber längst von deren Bundesstaaten überflügelt. Ich sollte meinen, daß die Regierung alles daran setzen müsse, diesen alten Ruhm wieder zu erlangen. Dazu ist das Defekt allerdings nicht geeignet. Ich bin mit einem großen Freund von der Autonomie der Gemeinden, im liegenden Ha. ist es aber wünschenswert, daß mitunter die Regierung einen geringen Druck auf die Gemeinden ausübt. In Reputation wird ja noch Gelegenheit gegeben sein, auf die einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfs einzugehen. Wenn aber in konservativer Seite behauptet worden ist, der Hochunterricht solle dazu führen, die Geistlichkeit der Bevölkerung nach kulturellen Genüssen zu reizen, so ist mir das etwas ganz Neues. Die Behauptungen habe ich noch nicht gehört, im Gegenteil, wenn es sich von den Hochschulen brauchen unterhält, da heißt es immer: das Zeug, was da gelehrt wird, das kann kein Mensch essen. Bei Beurteilung, daß die Hochschulen dazu führen könnten, die Geistlichkeit der Schülerinnen aufzureißen, muß ich ganz entschieden abweichen. Bei der Wichtigkeit der Sache sollte sich die rechte vor Übertriebungen hüten, die möglicherweise nur dazu führen würden, daß die Regierung noch weniger tut. Sehr sympathisch und mit den Ausführungen des Abg. Dr. Schmitt gewesen, ich hoffe, daß diese Grundlage auch von seiner Partei konsequent vertreten werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Langhammer (nati.): Dr. Schmitt hat die Anträge der nationalliberalen Fraktion vertreten, und wir werden auch die Konsequenzen bei Beurteilung der Vorlage der Volkschulreform ziehen. Die Erklärung des Finanzministers muß ich lebhaft danken. (Sehr richtig links.) Der Blick vieler Finanzminister ist leider der des unseeren ist eben für kulturelle Zwecke außerordentlich sehr degradiert. (Gutstimme.) Bleibt unter Finanzminister auf seinem Standpunkte, so würden wir ihm den bestmöglich Widerstand entgegensetzen. Der Staat hat die Pflicht, die Kulturaufgaben zu übernehmen. Die Erklärung des Finanzministers macht uns keinen großen Eindruck, nachdem er so jähnlich bei der Reichstagssitzung umgefallen ist. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Schmitz (konf.): Ich möchte nicht neben den Deutzen die Parole außer acht lassen. Die Ansicht des Abg. Wehnert erreicht er nicht.

Abg. Heymann (konf.): Wendet sich ebenfalls gegen den Abg. Wehnert.

Abg. Uhlig (Sos.): Wenn die Regierung das Defekt als Ausgang der Volkschulreform bezeichnet hat, so darf sich das Volk von dieser Reform nicht viel versprechen. Das Defekt ist im besten Hause in Wiesbaden, aber in allerwegen kein Anfang der Volkschulreform. Wir wollen, daß der Unterricht in allen Zweigen von gleichen Abschlägen getragen wird, nämlich daß er erzieherisch werten soll. Dann ist es aber nötig, daß die Lehrerinnen gleiche Vorbildung erhalten und in der Geschäftslage gleich geteilt werden. Ich hoffe, daß die Nationalliberalen nach der Erklärung des Ministers bei den Fortschritten nach einer modernen Erziehungsbereich die legitimen Konsequenzen ziehen werden. Die Nationalliberalen würden aber kaum so tröstliche Worte gefunden haben, wenn sie jetzt nicht wählen, daß die Verstärkung von der Linken zu erwarten haben. Hoffentlich wird sie bei dieser Haltung aus der Nede des Abg. Dr. Schmitz heraus, daß für den Konservativen aufgerade alles gut genug ist. Es ist nicht bedauerlich, sondern charakteristisch, daß die Konservativen die Ausführungen des Finanzministers Pravol gerufen hat. Schön gesehen hat mein Kollege Käppisch darauf hingewiesen, daß die Konservativen die Gemeindeautonomie herausheben, wenn es gilt, um sofortlich zu verhindern. Ein gelinder Druck sei auf die Konservativen mitunter ganz gut, nur sollte man letzteren auch die eigenen Mittel gewähren. Ich sehe keinen Grund, warum die Konservativen sich gegen die Übernahme der Kosten auf den Staat sträubt. Die Hoch- und Hausbildungsschulen würden nicht zur Herstellung konservativer Gewisse benutzt, wie Abg. Dr. Schmitz sagte, sondern zur Herstellung der einfachen Ebenen. Die Verstärkung, daß durch die Geistlichkeit der bestellten Maßen aufgestoßelt werden

würde (Große Heiterkeit links), ist also ganz grundlos. Auch die Annahme im Gesetzentwurf, daß die mangelhafte Ernährung der Kinder meist in den ungenügenden Kenntnissen der Haushalte seinen Grund habe, ist irrig, in dem weitaus meisten Fällen fehlen die Mittel zu einer kräftigen Ernährung oder kommen andere soziale Ursachen in Frage. So ist es vor allem die Vernichtung der Familie durch den Kapitalismus, die die Frau gering, geringes Erwerbs in die Fabrik zu geben. Ich verspreche mir von dem Entwurf eine verhältnismäßig beschränkte Wirkung; wir sind für den Arbeitersatz und Hoch- und Hausbildungskunterricht nicht bloß aus praktischen, sondern aus ethischen Gründen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Spies (konf.): nimmt seinen Fraktionskollegen Dr. Schmitz in Schutz und meint, daß man in den Hochschulen den Wädern auch die Vermehrung von Speisestellen, mit denen die Arbeitersfamilien rechnen müßte, lernen solle. Das Pravol, das bei der Ministerrede auf Seiten der Rechten erschienen ist, ist kein fraktionelles Pravol gewesen (Lachen links), sondern nur eine impulsive Beuerlung einzelner Mitglieder der Rechten und hat der Richtigkeit des Zustandekommens des Gesetzes gegolten. Auch unter und sind sehr viele der Meinung, daß die Kosten der Staat zu übernehmen hat. (Pravol bei den Nationalliberalen.)

Kultusminister Dr. Schmitz tritt dem Abg. Uhlig entgegen bezüglich dessen Auseinandersetzung, daß er den Gesetzentwurf nicht als Anfang einer Volkschulreform ansiehen könne. Die Meinung des Abg. Uhlig erklärt sich damit, daß letzterer nicht dem vorigen Landtag angehört. Der Entwurf berücksichtigt die damals geschaffenen Wünsche. Die Übernahme der Kosten auf den Staat sei auch innerhalb der Regierung reell erwogen worden, letztere sei aber davon abgesehen, weil der Entwurf an den bestehenden Rechtszustand anzugleichen scheint. Die Schulosten der Gemeinden seien in den letzten Jahren zwar erheblich gestiegen, aber auch die Kosten des Staates für das Unterrichtswesen hätten sich in dieser Zeit verdoppelt. Die Regierung will aber auch eine stärkere Verzögerung der Steuerzahler, die bei weiterer Steigerung der Kosten unabdinglich ist, vermeiden. Vemessen müsse er, daß gerade die Kapitel des Kultusministeriums bei der Erstaufstellung berücksichtigt worden und von Abstrichen nach Möglichkeit verschont geblieben seien. Die Regierung habe nicht den geringsten Anlaß, das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden anzutreten, wenn dies nicht gerade gewichtige öffentlich-rechtliche Interessen erfordern. Deshalb habe die Regierung sich gebürt, etwas in den Entwurf hineinzubringen, was den Anhänger einer Einigung etwenden könnte. Dazu die Linke an der Volkschulreform mitarbeiten wolle, freue ihn, sie müsse aber nicht außer acht lassen, daß ein gewisser Ausgleich zwischen den kulturellen Aufgaben und den vorhandenen finanziellen Mitteln geschaffen werden muß. Dass die Regierung den Gemeinden entgegenkommen wolle, zeige doch die geplante Erhöhung der Grundsteuerabzessionen an die Schulgemeinden. Sie werde aber auch in Zukunft tun, was möglich ist, um das Schulwesen auf seiner Höhe zu erhalten.

Abg. Uhlig (Sos.): Was den Zusatz des Staates zum Schulwesen betrifft, so ist immer noch ein großer Unterschied zu machen zwischen den Aufwendungen für die Volkschule und denen für die höheren Unterrichtsanstalten. Ob durch die Erhöhung der Grundsteuerabzession eine Verbesserung der Schulgemeinden herbeigeführt wird, bleibt noch abzuwarten. Wenn ich bezüglich der Beurteilung des Gesetzentwurfs von nicht ganz zutreffenden Voraussetzungen ausgegangen bin, wie der Herr Minister meint, so hat dies seinen Grund darin, daß ich nicht nur dem früheren Landtag nicht angehört habe, sondern daß die gesamte sozialdemokratische Fraktion nicht da war, um unsere Grundsätze in der Kammer zur Geltung zu bringen. (Sehr richtig links.)

Darauf wird das Defekt einstimmig der Gesetzgebungsdeputation überwiesen.

Es folgt die allgemeine Vorberatung über den Antrag des Abg. Dr. Klethammer (nati.) und Genossen betreffend die Ausführung des 6. Januar als Epiphaniastag

und die Verlegung dieses Festes auf den nächstfolgenden Sonntag. Der Antrag lautet:

Die Kammer wolle beschließen:

1. die Königliche Staatsregierung zu erzählen, die Ausführung des 6. Januar als Epiphaniastag und die Verlegung dieses Festes auf den nachfolgenden Sonntag zu veranlassen, soweit der 6. Januar nicht selbst auf einen Sonntag fällt;

2. die Erste Kammer zum Beitritt an diesem Beschlusse einzuladen.

Abg. Dr. Klethammer (nati.): begründet den Antrag, indem er in der Hauptsache die bei Anlaß der Veraturungen desselben Antrages in früheren Jahren für die Verlegung des Epiphaniastages getätigten Gründen wiedergibt. Er betont auch, daß hinter dem Antrage der gewerbliche Mittelstand geschlossen steht, und behauptet, auch die Arbeiter hätten an der Aufhebung des 6. Januar als geistlichen Feiertag ein großes Interesse, da ihnen doch jetzt der Arbeitsdienst eines ganzen Tages verloren gehe.

Minister Graf Pravol: Die Regierung hat wegen des Aufhebung des Epiphaniastages Erörterungen ange stellt, deren Ergebnis aber nicht dazu geführt hat, der Ständeversammlung einen Gesetzentwurf vorzulegen. Die Regierung steht auch heute noch auf dem Standpunkt, der das seitdem in der Rede des Ministers Grafen Hobenschild zum Ausdruck gebracht wurde; sie ist aber bereit, Ausnahmen zu bewilligen, wo Nebenstände bei der jetzigen Feier des Epiphaniastages auftreten. Solche Ausnahmevereinbarungen gesten g. B. schon jetzt für die Leipziger Weste; sie genügen auch vollkommen. Möglicherweise kann auch aus Grund von § 105 der Verordnung eine generelle Ausnahme für gewisse Feiertage bewilligt werden. Auf die Gründe, die für und wider die Aufhebung des Epiphaniastages schon vornebragt worden sind, will ich nicht eingehen. Jedenfalls haben die von den Antragstellern vorgebrachten Gründe die Regierung nicht überzeugt, daß es notwendig ist, das seit Jahrhunderten in Sachsen gefeierte Fest abzuschaffen.

Abg. Dr. Spies (konf.): Die Erklärung des Ministers hat uns nicht überrascht; ich kann jedoch erklären, daß die Mehrzahl meiner Freunde dem Antrage Sympathisch gegenübersteht. (Pravol bei den Nationalliberalen.) Die Lebendinteressen der Kirche werden durch ihn auch gar nicht berührt; sie sind vollständig konservativer Interessen. Durch Befreiungsvorschriften kommt die Regierung zwar entgegen, aber es wird doch damit nicht die wünschenswerte Einigkeit auf dem gewerblichen Gebiete geschaffen. Hinzu kommt, daß die Staatsregierung keine Ausnahme bestreiten kann, soweit Reichsstaaten (Post) in Frage kommen. Selbst die Sonde und das Landeskonsistorium haben jetzt gegen eine Aufhebung des Epiphaniastages nichts mehr eingesetzt. Aber auch die Arbeiter haben an der Aufhebung ein Interesse, soweit sie auf Tage- und Wochentagen angefallen sind. Ich bin begierig, zu hören, wie sich die Linke zu dem Antrag stellen wird.

Präsident Dr. Voigt stellt den vom Abg. Dr. Klethammer gestellten Antrag, die heutige Beratung zugleich als Schlussberatung anzuzeichnen, zur Abstimmung; der Antrag wird einstimmig angenommen.

Es wird heraus in der Debatte fortgeschriften.

Abg. Bauer (nati.): findet es als begehnend, daß von der Rechten nur ein Teil für den Antrag ist, obwohl doch alle Kontrahenten der Wirtschaftlichen Vereinigung angehören. (Sehr richtig!) (Beifall bei den Nationalliberalen.) Hoffentlich werde sich die Regierung

die Sache noch überlegen und ihren Standpunkt ändern. (Pravol bei den Nationalliberalen.)

Abg. Model (konf.): ist der Ansicht, daß die Regierung mit Recht früher erklärt habe, unter einer Aufhebung des Epiphaniastages würde das religiöse Empfinden der Bevölkerung leiden. (Große Heiterkeit links und in der Mitte.) Wir haben immer gehört: Die Religion muß dem Volle erhalten bleiben und das ist nur richtig. Das Epiphaniastagfest bildet einen würdigen Abschluß des Weihnachtstages. Ich werde gegen den Antrag stimmen.

Abg. Richter (Sos.): Wenn wirtschaftliche Interessen wahrgenommen sein sollen, dann könnten auch noch andere Feiertage, für deren Befeierung man dieselben Gründe wie für das Epiphaniastagfest anführen könnte, wegfallen. Wir betrachten die große Mehrzahl der Feiertage überhaupt nicht in dem vorgeschlagenen Sinne, sondern als Ruhestage. Von diesem Standpunkt aus betrachten wir die Frage. Das einzige Beste, was der Arbeiter vor den christlichen Feiertagen hat, ist, daß er einmal austreten kann. Die Betriebsarbeit stellt heute auf Körper und Geist ganz andere Anforderungen als früher. In unserer protestantischen Sachen ist die Arbeiterschaft noch schlechter gestellt als in den katholischen süddeutschen Staaten. Wenn das zutreffend wäre, was die Antragsteller ausspielen, dann müßten die Arbeiterschaften in Süddeutschland schon längst pleite gemacht haben. Die Gründe, die man dafür vorbrachte, daß die Arbeiterschaft an der Befeierung des Epiphaniastages interessiert ist, fehlen nicht. Allerdings ist die Arbeiterschaft finanziell interessiert; man zieht den Arbeitern von ihrem Lohn ab, wenn sie mehr als zwei Stunden nicht arbeiten. Aber mich denkt das so ein? Wir bieten nicht die Hand dazu, daß man die Arbeiterschaft um einen Ruhestag bringt will. Die Zulassung von Ausnahmevereinbarungen wird nur dazu führen, daß eine noch größere Ungleichheit für einzelne Gruppen von Arbeitern und Beamten als bisher Platz greift. Gerade in der Weihnachtszeit wird die Weitzauber der Arbeiter anstrengt. Was ist dabei, wenn man Ihnen dann noch längst Raum einen Ruhestag läßt? Die Industrie hat davon keinen Nachteil. Wir lieben aber mit uns reden, wenn man an Stelle des Epiphaniastages der Arbeiterschaft einen Feiertag geben würde. (Blauf. 1. Mai) Nein, der 1. Mai muß es nicht sein, dazu gibt es noch andere Gelegenheiten. Das Volksgefühl, sowohl bei Dr. Klethammer redt, ist bezüglich des Epiphaniastages schwer verblüfft; das trifft aber auf alle kirchlichen Feiern zu. Der Antragsteller hat sich aber bei seiner Begründung nicht darauf befreuen können, daß eine Abstimmung zu dem Antrag auch aus Arbeitersichten gekommen ist. Solange also nicht Erfolg für das Epiphaniastagfest geschaffen wird, müssen wir gegen den Antrag stimmen. (Beifall links.)

Abg. Sobe (konf.): wird aus denselben Gründen wie sein Kollege Model gegen den Antrag stimmen.

Abg. Dr. Klethammer (freit.): behauptet, der verfehlte sozialdemokratische Abg. Goldstein habe 1906 für Aushebung des Epiphaniastages gestimmt, weil dieser Feiertag nur erneute Ausgaben für den Arbeiter mit sich bringt.

Abg. Günther (freit.): wendet sich erst gegen den Abg. Model und bemerkt dann, es sei nicht richtig, wenn die sozialdemokratische Fraktion für die ganze Arbeiterschaft sich gegen den Antrag ausspricht. Sowohl er wie, herrsche auch in Arbeitersichten die Meinung, daß es richtiger wäre, das Epiphaniastag abzuschaffen. (Große links: Ihre Erfahrungen sind nicht weit her!) Auch die Arbeitgeber müßten sich heute viel mehr anstrengen, um ihre Betriebe auf der Höhe zu erhalten. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Deutlich überwiegen die Vorteile der Aushebung des Festes die Nachteile!

Abg. Mertel (nati.): hat sich über den Standpunkt der Linken gestundert, zumal Goldstein in anderer Ansicht gewesen sei. Da sieht man auch, daß Sie (zu den Sozialdemokraten gewandt) die Feiern feiern, wie sie wollen. (Große Heiterkeit links.) Nach den Ausführungen des Abg. Richter scheint es ja geradezu, als wenn Sie für die katholische Republik Propagande machen wollten. (Belächter links.) Sie sind also dafür, daß die Arbeiter weniger verdienen. (Lachen links.) Große Unruhe auf allen Seiten des Hauses. Die Arbeitszeit ist seit der Gründung des Deutschen Reichs sehr zurückgegangen. (Blauf. links: In Wohlau.) Ja, auch in Wohlau. In Wohlau werden auch höhere Löhne gezahlt als in vielen anderen Städten. Das übrige gehört das nicht dazu, das ist persönlich. (Rufe links: Wohlau.) Jedenfalls ist es mir eine Genugtuung gewesen, die Feststellung zu machen, daß gerade die Sozialdemokraten es sind, die die Arbeitnehmer um den Arbeitsverdienst bringen wollen. (Schallende Heiterkeit links.)

Abg. Blafer (ref.): legt die Gründe dar, die die Mittelsstandsvereinigung veranlassen, für den Antrag einzutreten. Im übrigen werde man schon den Liberalen noch Gelegenheit geben, ihre Mittelsstandsverbündete zu beweisen.

Abg. Dr. Höhnel (konf.): wendet sich gegen den Vortreiber, der den tiefen sittlichen Ernst nicht erfaßt habe, der den Vortrag des Mittelsstands und der Arbeiterschaft sich gegen den Antrag aussprach. Er betont auch, daß hinter dem Antrage der gewerbliche Mittelstand geschlossen steht, und behauptet, auch die Arbeiter hätten an der Aufhebung des Festes teil. Ich kann aber bestätigen, daß mir der Abg. Goldstein — ich habe das Stengogramm seiner betreffenden Rede nicht vor mir — bei einer persönlichen Rücksprache versichert hat, daß die Arbeiterschaft gegenwärtiger Meinung ist, also nicht die Aufhebung wünsche. An diesen Tatsachen kann man nicht vorübergehen, und so werde ich gegen den Antrag stimmen.

Abg. Dr. Spies (konf.): verliest aus dem Stengogramm, daß Goldstein 1906 für die Aushebung des Epiphaniastages eingetreten ist und fügt hinzu: Man sieht also, wie wechselseitig die Meinung auf den Linken ist. (Beifall rechts und in der Mitte.) Lebhafte Rücksprache von den Linken.

Abg. Dr. Lüttner (nati.): pflichtet seinen Gefüllgen an.

Abg. Sindermann (Sos.): findet die Behandlung der Frage etwas sonderbar, da es sich doch in der Hauptsache um ein großes Wettkampf zwischen Nationalliberalen und Wirtschaftlichen Verbänden handelt. Es ist nur aufzufallen, daß die früher im Landtag, als sie die Macht hatten, ebenso im Reichstag nichts für den Mittelstand getan haben, doch sie sich immer auf ihn erzt vor den Wahlen befinnen. Wenn es sich im Reichstag um Anträge auf Verbesserung der Arbeiterschaften handelt, dann wurden sie von Günther im Bunde mit Sindermann niedergeschlagen. (Sehr richtig! links.) Quidamens von den Freikirchen, Allgemeine Unruhe; die Abgeordneten haben sich zum Teil von Ihren Plätzen erhoben, zum Teil sitzen in der Nähe des Redners aufgestellt. Sie haben den allerschärfsten Anlaß, sich über Widersprüche bei den Linken aufzutragen. Wenn wirklich Goldstein hier der Meinung gewesen sein sollte, was bedeutet das gegenüber der großen sozialen Frage. Sie tun so gerade, als ob es bei Ihnen keine Widersprüche gäbe. Ich erinnere nur an die Haltung der lutherischen Konfessionen bei der Reichsfinanzreform. Die Rolle, die die Wirtschaftlichen Vereinigung hier spielen wird, glaube ich, wird der ähnelt, die dieselbe im Reichstag spielt. Ein Teil wird

Bei den wichtigen Fragen in der andere Teil nicht sagen. Ich stelle auch, daß den Konservativen bei diesem Wettlaufen um die Gunst des Bürgertumdes das Amt abgenommen werden wird. Wenn ich später die Abstaltung eines Konservativen war, so war er sicher von der Nationalen Partei bestimmt gewesen. Die beständigen die Frage einer vom Staatsminister des Innern erarbeiteten (S. 31) nicht. Dies kommt man nun auf einen mit der Arbeitsförderung einverstanden, was ich sage, daß die Arbeitgeber in der Landwirtschaft natürlich noch domänen sind als die Arbeitgeber des Handels. Die Worte von der sozialistischen Republik und die Worte der sozialen Sicherheit, sondern auch die sozialen und die politischen Standpunkte, den wir zum Ausdruck bringen. Wenn der Arbeitgeber 40 Wochen im Jahre arbeitet, so hat er immer noch 10 Wochen Zeit, sich zu seiner Erholung nach dem Dienste zu bereiten. Wenn zu Herrn Mietel ein Vortrag, der 18 Wochen arbeiten kann und vier Wochen freien arbeiten würde, dann würde Herrn Mietel gewiß sehr keinen sozialen und sozialen Vortrag machen. Worum gerade die Wirtschaftsförderung die Ausbildung des Hohneujahrtages bedingen will, das kann ich nicht vernehmen, da der Vortrag am Freitag eher ein Vortrag mehr verfaßt ist, der Sozialer deswegen nicht ein Vortrag zu machen bekommt. Wie sieht es aber in der Zeit vorher aus? Das zweite Vortrag ist schon seit langem wöchentlich ausgetragen worden, und da soll nun aus einem Vortrag ein großes Interesse an der Ausbildung dieses einen Vortrags haben? Das glauben auch Sie nicht. Also sowohl in der Landwirtschaft als auch in den Städten in die Arbeit am Hohneujahrtag nicht so notwendig, besonders kann der Sprungbund des neuen Jahres eine Ausnahme machen. (Schallende Beifall im Saal.)

Präsident Opitz (konf.): Davor bemerkte, daß die Landessynode nur jenen Personen ihre Erfahrung bezüglich des Epiphaniasfestes geschenkt habe. Beijahende Ihre Anteilnahme der Fabrik- und gewerblichen Arbeit ist es der äußeren Linke sehr dankbar, daß sie die Idee des Liberalismus fortgesetzt habe. Was den Mittelstand anlangt, so habe Siez. Sindermann ganz richtig auf das Väterliche Verzug genommen. Sehr deplaziert sei die Bemerkung des nationalliberalen Redners, der Minister sei nicht industriefreundlich genug; man solle doch erst warten.

Abg. Mietel (Soz.): Die Gründe der Autokratie sind nur bessere Fortschrittsstandpunkte der Unternehmer zu verleihen. Es kann hier auch um die Konsequenzen. Wer gibt uns die Konsequenz. Das kann nicht offiziell auch das Reformationsfest und den nächsten Feiertag abschaffen. Die Durchsichterung der Sonntags, obwohl sie so wenig genug. Man beruft sich jetzt auf Goldstein. Warum ist dies denn sonst bezüglich seiner Ausführungen nicht der Fall?

Abg. Günther (freiz.): Würde dem Abg. Sindermann überstreitungen vor. Sindermann habe keine Ahnung, wie es bei Tausenden von Arbeitgebern aussieht. (Lebhafter Beifall rechts und in der Mitte.) Die idiotischen Angriffe Sindermanns gegen die Arbeitgeber seien verübt, wie sich denn die Sozialdemokraten in der Rolle des Arbeitgebers verhalten. (Sehr richtig bei den Nationalsozialisten. Unterredungen von der Linke.) Sindermann sollte mit der Wahrheit etwas vorrichtiger umgehen. (Erneuter Beifall rechts und in der Mitte.) Es sei nicht wahr, daß er gegen alle Anträge auf Verbesserung der Arbeiter im Reichstag gestimmt habe.

Abg. Langhammer (naß.): Vizepräsident Opitz habe versucht, die Linke gegen die Unternehmer in der Industrie schärfer zu machen. Damit werden Sie zu Opitz gewendet! kein Glück haben, die Linke wird den Herrn Vizepräsidenten ganz richtig einschätzen müssen! (Abg. Dr. Ritter: Sie auch, aber nach rechts!) Wenn ich Minister wäre (schallende anhaltende Beifall), so würde ich mir die Verteidigung durch Herrn Opitz verblieben. Wenn wir Widerwörter der Linken feststellen, so darf dies nicht wundern, wie brauchen ja nur die sozialdemokratischen Freunde zur Hand nehmen. Die Linke wird schon noch von ihrem revolutionären Standpunkt abrücken müssen! (Abg. Dr. Ritter: Sie auch, aber nach rechts!) Wenn die Linke, wie Dr. Grabauer in den sozialistischen Monatsblättern ausgeführt habe, politisch mitspielen will, so müsse sie sich mit der Errichtung des Maßnahmen beauftragen! In den sozialdemokratischen Betrieben, Gewerkschaftsbund, Konsumvereinen, kommt die Herzlichkeit des Unternehmers kaum rückt noch viel schärfer vor als in bürgerlichen Betrieben. (Beifall rechts und in der Mitte.)

Abg. Günther (Soz.): Goldstein hat zwar 1906 eine andere Meinung vertreten, als wir heute, als er aber erfahren hat, daß die Arbeitnehmer anders über diese Frage denkt, hat er seinen Standpunkt geändert, ihn allerdings nicht mehr zum Ausdruck bringen können. Später, als eine Petition um Aufhebung des Epiphaniasfestes einging, wurde ich in der Kammer gegen eine Stimme entflohen, und diese eine Stimme war die unseres Goldstein. Die Sozialdemokraten sind jetzt bereit gewesen, positive Arbeit zu leisten, die Nationalsozialisten haben dies aber ja gerade unmöglich gemacht, indem sie die Sozialdemokraten von allen Reputationen ausgeschlossen. Langhammer habe auf Vorgänge Bezug genommen, die längst widerlegt sind. (Sehr richtig! Links.)

Abg. Sindermann (Soz.): erinnert den Abg. Günther daran, daß Freiheitige und Nationalsozialisten erst kürzlich bei Beratung der Gewerbeordnungs-Rabelle gegen leichtere gestimmt haben. Können Sie das bezeugen? Herr Günther? Vielleicht nehmen Sie nun auch das Wort. Unwahrheit zurück! Dicenjenigen, die bisher geglaubt haben, daß mit den Freiheitigen noch Staat zu machen ist, die werden nun wohl nach den Ausführungen des Herrn Günther anderer Meinung geworden sein. (Redner wird fortgesetzt durch Pauschalurtheil von den Nationalsozialisten unterbrochen; er harrt offizielle Erregung.) Wenn in unserer Partei, die solche Massen hinter sich hat, wie keine andere, wirklich einmal etwas vorkommt, so sollte man nicht so viel Aufsehen davon machen. Wenn man sieht, wie beim großen Krimmler-Kampfe, wo es sich um die Erlangung der zehntausend Arbeitsplätze handelt, wie bei den Vergängen im Mansfelder Revier und bei anderen Anlässen die Unternehmer mit Hilfe der bewaffneten Macht die Massen niederschlägt, dann glaubt man ihnen eben nicht mehr, wenn sie verkünden, das Wohl der Arbeiter liege ihnen am Herzen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Noch weiterer Debatté, an der sich die Abg. Opitz (konf.), Günther (freiz.), Dr. Ritter (naß.), Sindermann (Soz.) und Langhammer (naß.) beteiligen und in deren Verlaufe es noch wiederholt zu heftigen, unerhöhten Auseinandersetzungen kommt, wobei schließlich der Antrag Dr. Ritterhammer mit 38 gegen 27 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen die Sozialdemokraten und die konserватiven Abg. Dr. Hähnel, Rödel und Göbel.

Rudolf Siburg: Mittwoch, vormittags 10 Uhr. Tagessitzung: Antrag Günther (freiz.) und Genossen betreffend Einziehung von Schiffahrtsabgaben.

Sächsische Angelegenheiten.

Im Landtag

Leider liege man sich gestern mit an sich nicht erheblichen Sachen, die aber wider alles Erwartet nicht nur eine sehr lange Beratung, sondern auch sehr lebhafte Auseinandersetzungen zeitigten. Der erste Beratungsgegenstand betraf den Gesetzesentwurf über die Ausstellung der Modelarbeitslehrerlinie und der F. Z. - und Gewerbelehrlinien an den Volksschulen. Der Auktionsrat begründete die Vorlage mit einigen allgemein gehaltenen Ausführungen, die wenig Bemerkenswertes boten. Mit Eifer ging jedoch der konserervative Bürgermeister Dr. Schanz aus Delitzsch ins. Lang. Seine Hauptfuge war, daß in den Hochschulen den Kindern nicht die Zubereitung kulinarischer Genüsse gezeigt werden. Offen-

bar befürchtete er dadurch die Unzufriedenheit und Begehrlichkeit im Volke zu vergrößern. Die konservativen Reden wurden mit der größten Heiterkeit aufgenommen. Nicht ohne Zauder lehrte jedoch dieser der nationalsozialistische Seminardirektor Dr. Günther die Vorlage. Dabei wies er besonders darauf hin, daß den Gemeinden durch die Vorlage neue Lizenzen aufgelegt würden, die sie schwerlich tragen könnten. Der Sozialist forderte wenigstens die Pensionen für diese Fachleute übernehmen. Dadurch wurde der Finanzminister auf die Beine gebracht, der und heraus erklärte, mit der Übernahme der Pensionen aus der Staatskasse könnte es nichts werden. Tazierten die Konservativen, die im letzten Landtag selbst höhere Staatszuschüsse für die Schulgemeinden gefordert hatten, mit Wahrschau überrender Konsequenz Bravo! Später jedoch allerdings der Abg. Dr. Spiegel den üblichen Eindruck dieses Beifalls abzuwenden, indem er unter der Heiterkeit des Hauses betonte, es sei kein ironisches Bravo gewesen.

Die Haltung des Finanzministers kann ja nicht überraschen. Er hat ja niemals Geld gehabt zu beibringen an die Schulgemeinden. Mit Händen und Füßen wehrt er sich gegen jede Mehrbelastung, die deswegen der Staatskasse aufzubürden werden soll. Eine ganze Epikpolitik ist von vornherein darauf angelegt, jede neue Weihrauch an Gemeinden usw. zu unterbinden. Tatsauch sind die Neben berechnet, über die außerordentliche Spannung des Staates, über die Mühe, die es gelöst habe, den Haushaltspol zu bilanzieren. Großer Jubel wird er damit allerdings nicht erzielen, denn diese Reden hat man vom Regierungssitz aus gehört, solange Dr. Ritter auf seinem jetzigen Posten steht. Beim ersten Antritt war, daß der Minister diesmal von dem Nationalsozialisten Langhammer entschieden Widerwörter erfuhr, der betonte, seine Parteifreunde würden entschieden für größere Staatszuschüsse an die Schulgemeinden eintreten. Allerdings war Langhammer nur durch die sozialdemokratischen Redner zur Sache, die Genossen Wiebner und Ulrich, auf die Beine gebracht werden. Sie behandelten das Thema mit Sanktunde, rechneten mit Dr. Schanz ab und betonten hauptsächlich, wenn Sochen wieder wie früher das Land der Sorgen werden sollte, müßte vor allem der Staat größere Abschüsse für die Volksschulen leisten. Das brachte auch den Kultusminister Dr. Beck nochmals zum Eurethen, der zeigte, daß er das Recht über die Schwierigkeit der Staatsstellung ebensogut bringt wie der Finanzminister, worauf Genosse Uhlig nochmals fürz die Aufgaben der Volksschule klärt.

Wiederum kam der nationalsozialistische Antrag für Aufhebung des Hohneujahrtages zur Beratung, der vom Abg. Dr. Ritter begründet wurde. Durch diesen Antrag sollte den Arbeitern im Interesse der Profitmacher ein Ruhetag geraubt werden. Damit könnten sich die Sozialdemokraten nicht einverstanden erklären, was Genosse Günther durch eine kurze, aber interessante Darlegung des sozialdemokratischen Standpunktes zum Ausdruck brachte. Dadurch wurden einige nationalsozialistische Herren sowie die Abg. Günther und Biener ab und betonten hauptsächlich, wenn Sochen wieder wie früher das Land der Sorgen werden sollte, müßte vor allem der Staat größere Abschüsse für die Volksschulen leisten. Das brachte auch den Kultusminister Dr. Beck nochmals zum Eurethen, der zeigte, daß er das Recht über die Schwierigkeit der Staatsstellung ebensogut bringt wie der Finanzminister, worauf Genosse Uhlig nochmals fürz die Aufgaben der Volksschule klärt.

Die Gegner aller Parteien operierten besonders damit, daß sich Genosse Goldstein im Landtag früher einmal für Aufhebung dieses Feiertags ausgesprochen habe. Dabei verschwieg sie aber, daß in der letzten Session unter verschwiegenen Genossen sich ganz anders verhalten hat, nachdem er erfahren hatte, daß die große Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht gewillt ist, auf diesen Ruhetag zu verzichten, ohne daß ihnen dafür ein anderer geboten wird. Da der Deputation für Petitionen und Beschwerden in der im letzten Landtag dieselbe Sache verhandelt wurde, hat sich Genosse Goldstein gegen die Aufhebung des Epiphaniasfestes gestellt. Das ist im Plenum des Landtags konstituiert worden. Genosse Goldstein hat also zuerst dieselbe Haltung zu dieser Frage eingenommen wie die heutige sozialdemokratische Vertretung in der zweiten Kammer.

In der weiteren Debatte polemisierten besonders die Abg. Günther und Langhammer nach Reichsverbandpartei gegen die Sozialdemokraten. Sie hielten von sozialdemokratischen Betrieben, in denen die Arbeiter ärger bedrückt und ausgebettet würden wie bei Privatunternehmern. Die Herren brachten es jetztig, die Debatte auf ein Niveau herabzubringen, wie es tiefer in einer antisemitischen Volksversammlung kaum werden kann. Natürlich wurde von sozialdemokratischer Seite scharf erwidert. In den weiteren heftigen Auseinandersetzungen wurde schließlich der Hohneujahrtstag kaum noch erwähnt. Eine allgemeine politische Debatte entstand, man hätte sich in die Welt der Wahllogik verziehen glauben können. Schließlich nahm auch das ein Ende.

Bemerkenswert an der Debatte war die Scharfe mit der sich Opitz gegen die Nationalsozialisten durchsetzte, und daß er die Stellungnahme der Sozialdemokraten zum Hohneujahrtstag gegen diese auszuspielen versuchte. Sehr deplaziert angestellt der Tatsache, daß die Weisheit der Konservativen mit den Nationalsozialisten ging, die Weisheit des Herrn Opitz auch waren, so offenbart sie doch den tiefen Riß, der jetzt zwischen Nationalsozialisten und Konservativen liegt — ein Riß, der gestern trotz des Zusammengedrängt der beiden großen bürgerlichen Parteien eher erweitert als überbrückt worden ist. Das Opitz' Partei vertritt ein günstiger Stoll — die Nut über die verlorene Wehrheit in der Kammer.

Der nationalsozialistische Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Konservativen, Hdpd., Rödel und Göbel angenommen. Ob die Nationalsozialisten die gewünschte Wirkung damit erzielten, ist noch sehr fraglich. Die Regierung nahm, wie sich aus einer Rede des Grafen Bismarck v. Eichstädt ergab, nach wie vor noch einen ablehnenden Standpunkt ein und wird ihn ebenfalls jedenfalls noch nicht aufgeben, zumal auch die Erste Kammer kaum geschlossen für den nationalsozialistischen Antrag eintreten dürfte.

Stadtverordnetenwahl.

Aus Delitzsch i. Erzg. wird gemeldet: Zu den drei sozialdemokratischen Stadtverordneten, die seither dem Stadtverordnetenkollegium angehören, sind bei der gestern stattgefundenen Ergänzungswahl noch vier Sozialdemokraten hinzugekommen. Es gehören dem Stadtverordnetenkollegium vom 1. Januar 1910 an elf bürgerliche und sieben sozialdemokratische Vertreter an.

Diebstahlswahl ist ganz besonders erfreulich. Er ist an einer Stelle errungen worden, wo der Klassenkampf infolge der Operationen des Bürgermeisters und Landtagabgeordneten

Dr. Schanz mit besonderer Gehässigkeit von unten gegengeführt wird. Dieser konservative Bürgermeister hat den Ortschaftsratsvorstand aufgelöst, angestellte Expedienten der Rathaus entlassen und jede Gelegenheit benutzt, die organisierte Arbeit zu behindern. Der Ausschuss der Stadtverordnetenwahl ist eine Antwort auf diese Maßnahmen politisch, und zwar eine rechtliche und für uns erfreuliche.

Einen schönen Sieg haben auch die Genossen in Mittweida bei den Stadtverordnetenwahlen errungen. Hier Sozialdemokraten sind in das Kollegium einzogen. Nächste Mitteilungen liegen noch nicht vor.

Einen bemerkenswerten Erfolg haben wir auch bei den Stadtverordnetenwahlen in Chemnitz zu verzeichnen. Darüber berichtet eine bürgerliche Meldung. Am Dienstag bezogenen in Chemnitz die Ergänzungswahlen zum Stadtverordnetenkollegium. In der Klasse A1 ergaben sie Stichwahl zwischen dem sozialdemokratischen Kandidaten und dem des Bürgerwohlausstausches (Vereinigte Innungen und Bezirksvereine), in Klasse A2 Silberberg zwischen dem Kandidaten der Freien Vereinigung (National, liberale und Freisinnige) und dem des Bürgerwohlausstausches. Die Sozialdemokraten gewannen in beiden Klassen bedeutenden Zuwachs gegen früher.

Auch in Rötha haben unsere Genossen einen schönen Sieg erzielt. Die Leipziger Volkszeitung meldet: Bei der Stadtverordnetenwahl siegten unsere Genossen bis auf den Wahlbezirk, der mit sieben Stimmen unterlag. Gewählt sind drei Sozialdemokraten, die Genossen Gustav Schuer, Ernst Walther und Paul Hirschmann, und ein Bürgerlicher. Die Wahlen scheinen die Niederlage der Gegner, die noch im letzten Augenblick verhindert, durch eine Querliste erreicht zu haben, sind endlich zu Ende.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Mit dem ehemaligen Direktor einer Wirtschaftsschule schlug ein Sohn in Döbeln seine 10 Jahre die Tochter deshalb, weil sie bei einer Begegnung zu lange ausgelassen war, verantwortlos Gesicht, daß eine verschlossene Kunde entstand. Die Verlegerung mußte gerichtet werden. Dem Mann wird anderweitig beigebracht werden, was Beleidigungskreis ist. — Um Freitag abends entfernte sich die 15jährige Emma Anna Küster aus Glauchau unter Umständen aus der elterlichen Wohnung, die kindlich blieben litten, daß sich das Mädchen ein Bett zugezogen hatte. In jüngster Vergangenheit war die Vermutter nicht zu Hause, bis sie gestern als Beileg aus dem Mühlgraben geworfen wurde. Als Motiv zur Tat wird Liebeskummer angenommen — Verhaftet wurde ein 25 Jahre alter Schreiber aus Glauchau, der in der letzten Zeit in einer ganzen Anzahl von Städten und Gemeinden durch eine Überlastung des Telefons und unter unverhohler Verunglimpfung auf die Leistung einer in der Nähe von Leipzig gelegenen Anstalt in Leipzig Geschädigte waren von nicht unbedeutbarem Wert und auch mit ziemlich hoher Geldbeträge zu erlösen gewußt und verachtete. Sein Komplize, ein ebenfalls aus Gommern kommender 22-jähriger Arbeiter, war bereits vor einigen Tagen in der Ausführung eines gleichartigen Vertrags von der Kriminalpolizei genommen worden. — Zwei bedauernswerte Modelumfälle trugen sich am Sonnabend und Sonntag nachmittag in Radebeul an der Borsigstraße ein. Gestohlene Waren von nicht unbedeutbarem Wert und auch mit ziemlich hoher Geldbeträge zu erlösen gewußt und verachtete. Sein Komplize, ein ebenfalls aus Gommern kommender 22-jähriger Arbeiter, war bereits vor einigen Tagen in der Ausführung eines gleichartigen Vertrags von der Kriminalpolizei genommen worden. — Zwei bedauernswerte Modelumfälle trugen sich am Sonnabend und Sonntag nachmittag in Radebeul an der Borsigstraße ein. Gestohlene Waren von nicht unbedeutbarem Wert und auch mit ziemlich hoher Geldbeträge zu erlösen gewußt und verachtete. Sein Komplize, ein ebenfalls aus Gommern kommender 22-jähriger Arbeiter, war bereits vor einigen Tagen in der Ausführung eines gleichartigen Vertrags von der Kriminalpolizei genommen worden. — Zwei bedauernswerte Modelumfälle trugen sich am Sonnabend und Sonntag nachmittag in Radebeul an der Borsigstraße ein. Gestohlene Waren von nicht unbedeutbarem Wert und auch mit ziemlich hoher Geldbeträge zu erlösen gewußt und verachtete. Sein Komplize, ein ebenfalls aus Gommern kommender 22-jähriger Arbeiter, war bereits vor einigen Tagen in der Ausführung eines gleichartigen Vertrags von der Kriminalpolizei genommen worden. — Zwei bedauernswerte Modelumfälle trugen sich am Sonnabend und Sonntag nachmittag in Radebeul an der Borsigstraße ein. Gestohlene Waren von nicht unbedeutbarem Wert und auch mit ziemlich hoher Geldbeträge zu erlösen gewußt und verachtete. Sein Komplize, ein ebenfalls aus Gommern kommender 22-jähriger Arbeiter, war bereits vor einigen Tagen in der Ausführung eines gleichartigen Vertrags von der Kriminalpolizei genommen worden. — Zwei bedauernswerte Modelumfälle trugen sich am Sonnabend und Sonntag nachmittag in Radebeul an der Borsigstraße ein. Gestohlene Waren von nicht unbedeutbarem Wert und auch mit ziemlich hoher Geldbeträge zu erlösen gewußt und verachtete. Sein Komplize, ein ebenfalls aus Gommern kommender 22-jähriger Arbeiter, war bereits vor einigen Tagen in der Ausführung eines gleichartigen Vertrags von der Kriminalpolizei genommen worden. — Zwei bedauernswerte Modelumfälle trugen sich am Sonnabend und Sonntag nachmittag in Radebeul an der Borsigstraße ein. Gestohlene Waren von nicht unbedeutbarem Wert und auch mit ziemlich hoher Geldbeträge zu erlösen gewußt und verachtete. Sein Komplize, ein ebenfalls aus Gommern kommender 22-jähriger Arbeiter, war bereits vor einigen Tagen in der Ausführung eines gleichartigen Vertrags von der Kriminalpolizei genommen worden. — Zwei bedauernswerte Modelumfälle trugen sich am Sonnabend und Sonntag nachmittag in Radebeul an der Borsigstraße ein. Gestohlene Waren von nicht unbedeutbarem Wert und auch mit ziemlich hoher Geldbeträge zu erlösen gewußt und verachtete. Sein Komplize, ein ebenfalls aus Gommern kommender 22-jähriger Arbeiter, war bereits vor einigen Tagen in der Ausführung eines gleichartigen Vertrags von der Kriminalpolizei genommen worden. — Zwei bedauernswerte Modelumfälle trugen sich am Sonnabend und Sonntag nachmittag in Radebeul an der Borsigstraße ein. Gestohlene Waren von nicht unbedeutbarem Wert und auch mit ziemlich hoher Geldbeträge zu erlösen gewußt und verachtete. Sein Komplize, ein ebenfalls aus Gommern kommender 22-jähriger Arbeiter, war bereits vor einigen Tagen in der Ausführung eines gleichartigen Vertrags von der Kriminalpolizei genommen worden. — Zwei bedauernswerte Modelumfälle trugen sich am Sonnabend und Sonntag nachmittag in Radebeul an der Borsigstraße ein. Gestohlene Waren von nicht unbedeutbarem Wert und auch mit ziemlich hoher Geldbeträge zu erlösen gewußt und verachtete. Sein Komplize, ein ebenfalls aus Gommern kommender 22-jähriger Arbeiter, war bereits vor einigen Tagen in der Ausführung eines gleichartigen Vertrags von der Kriminalpolizei genommen worden. — Zwei bedauernswerte Modelumfälle trugen sich am Sonnabend und Sonntag nachmittag in Radebeul an der Borsigstraße ein. Gestohlene Waren von nicht unbedeutbarem Wert und auch mit ziemlich hoher Geldbeträge zu erlösen gewußt und verachtete. Sein Komplize, ein ebenfalls aus Gommern kommender 22-jähriger Arbeiter, war bereits vor einigen Tagen in der Ausführung eines gleichartigen Vertrags von der Kriminalpolizei genommen worden. — Zwei bedauernswerte Modelumfälle trugen sich am Sonnabend und Sonntag nachmittag in Radebeul an der Borsigstraße ein. Gestohlene Waren von nicht unbedeutbarem Wert und auch mit ziemlich hoher Geldbeträge zu erlösen gewußt und verachtete. Sein Komplize, ein ebenfalls aus Gommern kommender 22-jähriger Arbeiter, war bereits vor einigen Tagen in der Ausführung eines gleichartigen Vertrags von der Kriminalpolizei genommen worden. — Zwei bedauernswerte Modelumfälle trugen sich am Sonnabend und Sonntag nachmittag in Radebeul an der Borsigstraße ein. Gestohlene Waren von nicht unbedeutbarem Wert und auch mit ziemlich hoher Geldbeträge zu erlösen gewußt und verachtete. Sein Komplize, ein ebenfalls aus Gommern kommender 22-jähriger Arbeiter, war bereits vor einigen Tagen in der Ausführung eines gleichartigen Vertrags von der Kriminalpolizei genommen worden. — Zwei bedauernswerte Modelumfälle trugen sich am Sonnabend und Sonntag nachmittag in Radebeul an der Borsigstraße ein. Gestohlene Waren von nicht unbedeutbarem Wert und auch mit ziemlich hoher Geldbeträge zu erlösen gewußt und verachtete. Sein Komplize, ein ebenfalls aus Gommern kommender 22-jähriger Arbeiter, war bereits vor einigen Tagen in der Ausführung eines gleichartigen Vertrags von der Kriminalpolizei genommen worden. — Zwei bedauernswerte Modelumfälle trugen sich am Sonnabend und Sonntag nachmittag in Radebeul an der Borsigstraße ein. Gestohlene Waren von nicht unbedeutbarem Wert und auch mit ziemlich hoher Geldbeträge zu erlösen gewußt und verachtete. Sein Komplize, ein ebenfalls aus Gommern kommender 22-jähriger Arbeiter, war bereits vor einigen Tagen in der Ausführung eines gleichartigen Vertrags von der Kriminalpolizei genommen worden. — Zwei bedauernswerte Modelumfälle trugen sich am Sonnabend und Sonntag nachmittag in Radebeul an der Borsigstraße ein. Gestohlene Waren von nicht unbedeutbarem Wert und auch mit ziemlich hoher Geldbeträge zu erlösen gewußt und verachtete. Sein Komplize, ein ebenfalls aus Gommern kommender 22-jähriger Arbeiter, war bereits vor einigen Tagen in der Ausführung eines gleichartigen Vertrags von der Kriminalpolizei genommen worden. — Zwei bedauernswerte Modelumfälle

Unsere Kritik an den Schulzuständen hat bewirkt, daß diesem wichtigen Teile der Kommunalpolitik jetzt größere Beachtung geschenkt wird. Die Schulländerung, Schulpatente, Kinderfürsorge und Kinderzuschüsse sind alles Drogen, die durch uns in Erscheinung treten und verhindert wurden. Die sozialen Faktien des Stadtratsmeisters den vielen städtischen Arbeitern und Unterbeamten gegenüber sind von uns bei jeder passenden Gelegenheit in einen Söldnerkund der Bevölkerung gerückt worden. Die Erfahrungen mit dem Mittelreiseversuch bei Vergebung häuslicher Arbeiter haben die Sozialdemokratie verpflichtet, auf die dadurch entstehenden Rechtsstreitigkeiten hinzuwirken und diesen Beleidigung zu fordern.

Das Konservativen-Politik, Wörnitzendorf, ist trotz unserer Mühe und Anstrengungen nicht in günstigem Sinne erledigt. Hausgärtnermeister werden vom Stadtrat und der Wehrbeauftragten des Kollegiums in wohlwollender Weise abgewiesen. Die Stellungnahme unserer Freunde, der Ratsmeister des Stadtratsmeisters zu verhindern, daß die Befreiungslage in unseren Vereinen un länglich bekannt wird, ist uns bestimmt. Subventionierung des Zentralarbeitsmarktes wurde von den im Kollegium dominierenden Gruppen der großen und kleinen Unternehmervertreter abgelehnt. Ein im Kollegium geplante Tabelle über die Regelung der Beamten- und Lehrerbedarfs und der Arbeiterförderung, die Polizeidebatten und Diskussion über das Amtsbild, den Dresden-Anzeiger und den Redner noch reichlich Stoff, das Interesse der Anwesenden bis zum Ende der 18-jährigen Ausführungen, die mit Bei- als belohnt wurden, wachzuhalten.

Gemeinsame Befürchtung, die bevorstehende Wahl in Klasse BII als Kandidat an Stelle Fleischner, der eine Wiederwahl wegen Überforderung ablehnt, aufgestellt ist, kennzeichnete noch einmal die Unrechtmäßigkeiten, indirekt r. Steiner und berechnete es als Pflicht des Dresdner Kommunalwählers, durch zahlreiche Beteiligung an der Stadtvorordnetenwahl den Willen zum Ausdruck zu bringen, das jetzt bestehende Verhältnisrecht beizulegen zu helfen.

Im hiesigen Blättern wird berichtet: Zur Aufstellung von zwei Kandidatenlisten für die Stadtvorordnetenwahl wird es in den Gruppen A und D kommen. In beiden Gruppen ist es zwischen der Wahlvereinigung und den Nationalsozialisten nicht zur Einigung gekommen. In Gruppe A, in der 2 anständige und 4 unanständige Stadtvorordnete zu wählen sind, darf ein Stimmzettel von Unanständigen durch Ausstellen ihrer Inhaber vor Ablauf der Mandatssouveränität frei geworden sein, hat die Wahlvereinigung die bisherigen Stadtvorordneten vorher Tr. Hödel, der in Gruppe C nicht wieder aufgestellt worden war, Schwann, Schulze, Korte und Angermann aufgestellt und wird außerdem als unanständigen Vertreter eines Herrn vorschlagen, der dem Kollegium noch nicht angehört. In der Gruppe D hat die obige Wahlvereinigung die auscheidenden Stadtvorordneten Tornow, Frank, Helmke, Kunkel, Müller, Thielheller und Wulff wieder aufgestellt. Die Liste ist noch nicht vorhanden, denn da neun Stimmzettel zu besetzen sind, hat die Wahlvereinigung noch zwei Kandidaten vorschlagen, die erst nach der Stadtwahl am Sonntagabend aufgestellt werden sollen. Für die Gruppe D hat sich unter dem Vorwurf des Stellvertretenden Oberbaurats der Befreiung Paul Richter ein unabhängiger Wahlzettel gebildet, der eine eigene Liste aufstellen wird, doch das Ergebnis, von dem neu zu wählenden Stadtvorordneten der Liberalen drei Kandidaten zu überlassen, abgelehnt worden ist. Die Liste der Liberalen für Gruppe D soll in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden. Auch in Gruppe A werden die Liberalen eine eigene Liste aufstellen. Die Verhandlung dieser Angelegenheit soll in einer öffentlichen Versammlung erfolgen, die am Freitag abends im Zoologischen Garten abgehalten wird.

Die Fürsorge des Staates für verunglückte Eisenbahner wurde wieder einmal illustriert durch eine Verhandlung vor dem Landesverwaltungsamt in Dresden. Der 1852 geborene und seit vielen Jahren bei der Eisenbahnbewaltung beschäftigte Schlosser Karl Richard Kluge aus Chemnitz-Gilbersdorf kam im Jahre 1893 während der Arbeit im Chemnitzer Werkstattbahnhofe dadurch zu Schaden, daß ihm von einem Mitarbeiter versehentlich ein ziemlich großes Stück Eisen auf den Kopf geworfen wurde. Seit jener Zeit litt er unter nervösen Kopfschmerzen, derentwegen er auch im Krankenhaus behandelt worden ist. Ein Rentenanspruch des Verletzten ist damals rechtstätig abgewiesen worden. Im Jahre 1905 zog sich der Mann wiederum durch einen Betriebsunfall eine Kopfverletzung zu. Im Oktober 1907 wurde er gestressert und mußte in die Nervenheilanstalt zu Chemnitz aufgenommen werden. Seine Frau beantragte darauf einen Unfallrente, indem sie die beiden Kopfverletzungen als die Ursache der Geisteskrankheit bezeichnete. Der Anspruch wurde auch diesmal vom Staatsfiskus zurückgewiesen, mit der Begründung, daß eine Rentengewährung aus dem Unfall im Jahre 1893 bereits rechtstätig abgelehnt sei. Der Anspruch bezüglich des letzten Unfalls aber verjährte, und überdies auch ein urächlicher Zusammenhang zwischen Unfall und Geisteskrankheit nicht erwiesen sei. Maßgebend hierfür waren die Gutachten zweier Ärzte. (1) Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Chemnitz entschied ebenfalls zu ungünstigen der Klägerin, da ein anderweitig herbeigegangenes Gutachten die Frage des Zusammenhangs ebenfalls verneinte. Auf eingewandten Rekurs trat das Landesverwaltungsamt in eine nochmalige genaue Prüfung der ärztlichen Gutachten ein, die es zu der Überzeugung brachte, daß die Sachverständigen verschieden gewerteten Punkte bei Beurteilung des Falles nicht berücksichtigt hatten. (1) Es wurde deshalb ein Obergerichtsdienst des Direktors der Anstalt, in der sich der Geisteskrank befindet, eingeholt, das dahin ging, es könne nicht dem gerichtlichen Zweck unterliegen, daß beide Unfälle die nervösen Störungen hervorgerufen bzw. verschärft und zum Ausbruch der Geisteskrankheit beigetragen haben. Damit stellte sich heraus, daß man dem Verletzten 14 Jahre lang die Unfallrente zu Unrecht verweigert hatte. Noch wie Baurat Staat nur einmal ist, bot der Vertreter der Generaldirektion, da eine Verurteilung des Fiskus außer Frage stand, der Klägerin vergleichsweise eine Teilrente von 50 Prozent an, obgleich völlige Erwerbsunfähigkeit besteht. Das Gericht verurteilte den Fiskus, der Klägerin vom 17. Oktober 1907 auf die Vollrente (jährlich circa 840 M.) zu gewähren.

Für Justizkranke.

Der Direktor Ludovia Buer in Röthenbach, der Kuratoriumsvorsteher Max Höttel in Leipzig und der Revaltrat der Tropenstation, Alexander Sauer, hatten wegen eines Antrages, daß in legationsmäßiger Zeitung sowie in den Leipziger Nachrichten und im Leipziger Tageblatt erscheinen, will das Institut gegen die Ministerialordnung über den Verleih mit finanziellen Verhöhrungen. Die Befürworten hatten richterliche Entscheidung beantragt, die am Dienstag vor dem Schiedsgericht

Leipzig erfolgte. — Bauer ist Direktor einer Diabetiker-Hausklinik in Röthenbach. In Prozessen und Briefen erzählte er, daß er ein neues Mittel entdeckt habe, das den Diabetes, der die Rückenmark verunsichert, aus dem Körper entfernt, und daß das Mittel in Verbindung mit den lokalen Antidiabetikisten in allen Fällen Erfolg bringt. Deiner gibt Bauer für einen „physisch aktiven Chemiker“ aus.

Bauers Geschäft steht sehr gut zu geben; er ist in der 3d. Steuerklasse mit einem Einkommen von 20 000 M. eingestuft. Er gibt sich vor Gericht als das Opfer einer gehobenen Tiefberei aus.

Er habe nicht studiert, aber einen sehr wichtigen Kursus in Paris bei einem Chemiker Timon durchgemacht. Er war früher Feuerwehr, dann Pionierleiter seiner Einheit des Bades Röthenbach bei Halle und Besitzer eines Bades im Schwarzwald. In Halle soll Bauer Vorlesungen an der Universität gehört haben; seit nun mehr als Jahren sei er Besitzer der Anstalt in Röthenbach.

Sein unerhörbares Mittel hat er früher „Tocat“ genannt, jetzt ist es „Bauers Antidiabeticum“. Bauer erzählte dem Gericht,

dass er schon 5000 Menschen gehabt habe. Kein Arzt mit noch so großem Wissen könne welche Folge annehmen.

Der Stadtkreisgericht Dr. med. Voetter hatte sich als Gutachter darüber ausgesprochen, ob jemand, der einen zahnwüchsigen Kaukasus abwälzte, sich als „p. h. v. o. l. o. g. i. c. h. e. r. C. h. e. m. i. c. k. e. r.“ ausgeben dürfe. Er verneinte die Frage. Ein gebürtig in Südböhmen lebender Bürger ist sehr gut zu geben; er ist in der 3d. Steuerklasse mit einem Einkommen von 20 000 M. eingestuft. Er gibt sich vor Gericht als das Opfer einer gehobenen Tiefberei aus.

Er habe nicht studiert, aber einen sehr wichtigen Kursus in Paris bei einem Chemiker Timon durchgemacht. Er war früher Feuerwehr, dann Pionierleiter seiner Einheit des Bades Röthenbach bei Halle und Besitzer eines Bades im Schwarzwald. In Halle soll Bauer Vorlesungen an der Universität gehört haben; seit nun mehr als Jahren sei er Besitzer der Anstalt in Röthenbach.

Sein unerhörbares Mittel hat er früher „Tocat“ genannt, jetzt ist es „Bauers Antidiabeticum“. Bauer erzählte dem Gericht,

dass er schon 5000 Menschen gehabt habe. Kein Arzt mit noch

so großem Wissen könne welche Folge annehmen.

Der Stadtkreisgericht Dr. med. Voetter hatte sich als Gutachter darüber ausgesprochen, ob jemand, der einen zahnwüchsigen Kaukasus abwälzte, sich als „p. h. v. o. l. o. g. i. c. h. e. r. C. h. e. m. i. c. k. e. r.“ ausgeben dürfe. Er verneinte die Frage. Ein gebürtig in Südböhmen lebender Bürger ist sehr gut zu geben; er ist in der 3d. Steuerklasse mit einem Einkommen von 20 000 M. eingestuft. Er gibt sich vor Gericht als das Opfer einer gehobenen Tiefberei aus.

Er habe nicht studiert, aber einen sehr wichtigen Kursus in Paris bei einem Chemiker Timon durchgemacht. Er war früher Feuerwehr, dann Pionierleiter seiner Einheit des Bades Röthenbach bei Halle und Besitzer eines Bades im Schwarzwald. In Halle soll Bauer Vorlesungen an der Universität gehört haben; seit nun mehr als Jahren sei er Besitzer der Anstalt in Röthenbach.

Sein unerhörbares Mittel hat er früher „Tocat“ genannt, jetzt ist es „Bauers Antidiabeticum“. Bauer erzählte dem Gericht,

dass er schon 5000 Menschen gehabt habe. Kein Arzt mit noch

so großem Wissen könne welche Folge annehmen.

Der Stadtkreisgericht Dr. med. Voetter hatte sich als Gutachter darüber ausgesprochen, ob jemand, der einen zahnwüchsigen Kaukasus abwälzte, sich als „p. h. v. o. l. o. g. i. c. h. e. r. C. h. e. m. i. c. k. e. r.“ ausgeben dürfe. Er verneinte die Frage. Ein gebürtig in Südböhmen lebender Bürger ist sehr gut zu geben; er ist in der 3d. Steuerklasse mit einem Einkommen von 20 000 M. eingestuft. Er gibt sich vor Gericht als das Opfer einer gehobenen Tiefberei aus.

Er habe nicht studiert, aber einen sehr wichtigen Kursus in Paris bei einem Chemiker Timon durchgemacht. Er war früher Feuerwehr, dann Pionierleiter seiner Einheit des Bades Röthenbach bei Halle und Besitzer eines Bades im Schwarzwald. In Halle soll Bauer Vorlesungen an der Universität gehört haben; seit nun mehr als Jahren sei er Besitzer der Anstalt in Röthenbach.

Sein unerhörbares Mittel hat er früher „Tocat“ genannt, jetzt ist es „Bauers Antidiabeticum“. Bauer erzählte dem Gericht,

dass er schon 5000 Menschen gehabt habe. Kein Arzt mit noch

so großem Wissen könne welche Folge annehmen.

Der Stadtkreisgericht Dr. med. Voetter hatte sich als Gutachter darüber ausgesprochen, ob jemand, der einen zahnwüchsigen Kaukasus abwälzte, sich als „p. h. v. o. l. o. g. i. c. h. e. r. C. h. e. m. i. c. k. e. r.“ ausgeben dürfe. Er verneinte die Frage. Ein gebürtig in Südböhmen lebender Bürger ist sehr gut zu geben; er ist in der 3d. Steuerklasse mit einem Einkommen von 20 000 M. eingestuft. Er gibt sich vor Gericht als das Opfer einer gehobenen Tiefberei aus.

Er habe nicht studiert, aber einen sehr wichtigen Kursus in Paris bei einem Chemiker Timon durchgemacht. Er war früher Feuerwehr, dann Pionierleiter seiner Einheit des Bades Röthenbach bei Halle und Besitzer eines Bades im Schwarzwald. In Halle soll Bauer Vorlesungen an der Universität gehört haben; seit nun mehr als Jahren sei er Besitzer der Anstalt in Röthenbach.

Sein unerhörbares Mittel hat er früher „Tocat“ genannt, jetzt ist es „Bauers Antidiabeticum“. Bauer erzählte dem Gericht,

dass er schon 5000 Menschen gehabt habe. Kein Arzt mit noch

so großem Wissen könne welche Folge annehmen.

Der Stadtkreisgericht Dr. med. Voetter hatte sich als Gutachter darüber ausgesprochen, ob jemand, der einen zahnwüchsigen Kaukasus abwälzte, sich als „p. h. v. o. l. o. g. i. c. h. e. r. C. h. e. m. i. c. k. e. r.“ ausgeben dürfe. Er verneinte die Frage. Ein gebürtig in Südböhmen lebender Bürger ist sehr gut zu geben; er ist in der 3d. Steuerklasse mit einem Einkommen von 20 000 M. eingestuft. Er gibt sich vor Gericht als das Opfer einer gehobenen Tiefberei aus.

Er habe nicht studiert, aber einen sehr wichtigen Kursus in Paris bei einem Chemiker Timon durchgemacht. Er war früher Feuerwehr, dann Pionierleiter seiner Einheit des Bades Röthenbach bei Halle und Besitzer eines Bades im Schwarzwald. In Halle soll Bauer Vorlesungen an der Universität gehört haben; seit nun mehr als Jahren sei er Besitzer der Anstalt in Röthenbach.

Sein unerhörbares Mittel hat er früher „Tocat“ genannt, jetzt ist es „Bauers Antidiabeticum“. Bauer erzählte dem Gericht,

dass er schon 5000 Menschen gehabt habe. Kein Arzt mit noch

so großem Wissen könne welche Folge annehmen.

Der Stadtkreisgericht Dr. med. Voetter hatte sich als Gutachter darüber ausgesprochen, ob jemand, der einen zahnwüchsigen Kaukasus abwälzte, sich als „p. h. v. o. l. o. g. i. c. h. e. r. C. h. e. m. i. c. k. e. r.“ ausgeben dürfe. Er verneinte die Frage. Ein gebürtig in Südböhmen lebender Bürger ist sehr gut zu geben; er ist in der 3d. Steuerklasse mit einem Einkommen von 20 000 M. eingestuft. Er gibt sich vor Gericht als das Opfer einer gehobenen Tiefberei aus.

Er habe nicht studiert, aber einen sehr wichtigen Kursus in Paris bei einem Chemiker Timon durchgemacht. Er war früher Feuerwehr, dann Pionierleiter seiner Einheit des Bades Röthenbach bei Halle und Besitzer eines Bades im Schwarzwald. In Halle soll Bauer Vorlesungen an der Universität gehört haben; seit nun mehr als Jahren sei er Besitzer der Anstalt in Röthenbach.

Sein unerhörbares Mittel hat er früher „Tocat“ genannt, jetzt ist es „Bauers Antidiabeticum“. Bauer erzählte dem Gericht,

dass er schon 5000 Menschen gehabt habe. Kein Arzt mit noch

so großem Wissen könne welche Folge annehmen.

Der Stadtkreisgericht Dr. med. Voetter hatte sich als Gutachter darüber ausgesprochen, ob jemand, der einen zahnwüchsigen Kaukasus abwälzte, sich als „p. h. v. o. l. o. g. i. c. h. e. r. C. h. e. m. i. c. k. e. r.“ ausgeben dürfe. Er verneinte die Frage. Ein gebürtig in Südböhmen lebender Bürger ist sehr gut zu geben; er ist in der 3d. Steuerklasse mit einem Einkommen von 20 000 M. eingestuft. Er gibt sich vor Gericht als das Opfer einer gehobenen Tiefberei aus.

Er habe nicht studiert, aber einen sehr wichtigen Kursus in Paris bei einem Chemiker Timon durchgemacht. Er war früher Feuerwehr, dann Pionierleiter seiner Einheit des Bades Röthenbach bei Halle und Besitzer eines Bades im Schwarzwald. In Halle soll Bauer Vorlesungen an der Universität gehört haben; seit nun mehr als Jahren sei er Besitzer der Anstalt in Röthenbach.

Sein unerhörbares Mittel hat er früher „Tocat“ genannt, jetzt ist es „Bauers Antidiabeticum“. Bauer erzählte dem Gericht,

dass er schon 5000 Menschen gehabt habe. Kein Arzt mit noch

so großem Wissen könne welche Folge annehmen.

Der Stadtkreisgericht Dr. med. Voetter hatte sich als Gutachter darüber ausgesprochen, ob jemand, der einen zahnwüchsigen Kaukasus abwälzte, sich als „p. h. v. o. l. o. g. i. c. h. e. r. C. h. e. m. i. c. k. e. r.“ ausgeben dürfe. Er verneinte die Frage. Ein gebürtig in Südböhmen lebender Bürger ist sehr gut zu geben; er ist in der 3d. Steuerklasse mit einem Einkommen von 20 000 M. eingestuft. Er gibt sich vor Gericht als das Opfer einer gehobenen Tiefberei aus.

Er habe nicht studiert, aber einen sehr wichtigen Kursus in Paris bei einem Chemiker Timon durchgemacht. Er war früher Feuerwehr, dann Pionierleiter seiner Einheit des Bades Röthenbach bei Halle und Besitzer eines Bades im Schwarzwald. In Halle soll Bauer Vorlesungen an der Universität gehört haben; seit nun mehr als Jahren sei er Besitzer der Anstalt in Röthenbach.

Sein unerhörbares Mittel hat er früher „Tocat“ genannt, jetzt ist es „Bauers Antidiabeticum“. Bauer erzählte dem Gericht,

dass er schon 5000 Menschen gehabt habe. Kein Arzt mit noch

so großem Wissen könne welche Folge annehmen.

Der Stadtkreisgericht Dr. med. Voetter hatte sich als Gutachter darüber ausgesprochen, ob jemand, der einen zahnwüchsigen Kaukasus abwälzte, sich als „p. h. v. o. l. o. g. i. c. h. e. r. C. h. e. m. i. c. k. e. r.“ ausgeben dürfe. Er verneinte die Frage. Ein gebürtig in Südböhmen lebender Bürger ist sehr gut zu geben; er ist in der 3d. Steuerklasse mit einem Einkommen von 20 000 M. eingestuft. Er gibt sich vor Gericht als das Opfer einer gehobenen Tiefberei aus.

Er habe nicht studiert, aber einen sehr wichtigen Kursus in Paris bei einem Chemiker Timon durchgemacht. Er war früher Feuerwehr, dann Pionierleiter seiner Einheit des Bades Röthenbach bei Halle und Besitzer eines Bades im Schwarzwald. In Halle soll Bauer Vorlesungen an der Universität gehört haben; seit nun mehr als Jahren sei er Besitzer der Anstalt in Röthenbach.

Sein unerhörbares Mittel hat er früher „Tocat“ genannt, jetzt ist es „Bauers Antidiabeticum“. Bauer erzählte dem Gericht,

dass er schon 5000 Menschen gehabt habe. Kein Arzt mit noch

so großem Wissen könne welche Folge annehmen.

Der Stadtkreisgericht Dr. med. Voetter hatte sich als Gutachter darüber ausgesprochen, ob jemand, der einen zahnwüchsigen Kaukasus abwälzte, sich als „p. h. v. o. l. o. g. i. c. h. e. r. C. h. e. m. i. c. k. e. r.“ ausgeben dürfe. Er verneinte die Frage. Ein gebürtig in Südböhmen lebender Bürger ist sehr gut zu geben; er ist in der 3d. Steuerklasse mit einem Einkommen von 20 000 M. eingestuft. Er gibt sich vor Gericht als das Opfer einer gehobenen Tiefberei aus.

Er habe nicht studiert, aber einen sehr wichtigen Kursus in Paris bei einem Chemiker Timon durchgemacht. Er war früher Feuerwehr, dann Pionierleiter seiner Einheit des Bades Röthenbach bei Halle und Besitzer eines Bades im Schwarzwald. In Halle soll Bauer Vorlesungen an der Universität gehört haben; seit nun mehr als Jahren sei er Besitzer der Anstalt in Röthenbach.

Sein unerhörbares Mittel hat er früher „Tocat“ genannt, jetzt ist es „Bauers Antidiabeticum“. Bauer erzählte dem Gericht,

Herrn

Puppenklinik

A. Schmidt

Dresden, Annenstrasse 10,
gegenüber der Post (kein Laden).

Grosses Lager

ff. Gelenkpuppen

Garderobe, Hüte, Schirme
Perücken, Schuhe und Strümpfe.

Gütigst zugeschickte Reparaturen bald erbeten

Hand auf's Herz

Verehrte Damen, und erhalten Sie einmal unparteiisch. Setzen Sie das unbegründete Vorurteil gegen Margarine beiseite, probieren Sie die besten Marken.

Rheinperle und Solo

Dann wird Ihnen für Urteil diese beiden erstklassigen Produkte empfohlen und Sie zu ständigerem Verbrauch veranlassen. Rheinperle und Solo sind wesentlich billiger als feinste Meierelbutter, aber wie diese in jeder Beziehung gleich gut verwendbar.

Überall erhältlich.

Mehrere Fabrikanten: Holländ. Margarine-Werke Jurgens & Prinzen, G. m. b. H., Goch (Rheinland).

Knorr's
Hahn-Maccaroni
unübertroffen!

Knorr's
Suppenwürstchen

Jedes
Paket
enthalt 1 Gutschein.

fix und fertig-3Teller 10 Pf.
Jeder
Umschlag
gilt als Gutschein.

Fahrt mit der teuren Kuhbutter!

Verblüffend

die vorhol die Werbung der echten
Teerfischweiß-Seife

W. Bergmann & Co., Kadebeul
mit Gußmarke: Stedenspender
ist die beste Seife gegen alle Arten
Kontakteinfektionen und Hautan-
fälle, wie Pilzse, Rätsen, Blässe,
Hirsipidose, Pusteln etc. à 50 Pf. der;
Bergmann & Co., König-Johanna-Str.
Germann Koch, Altmühl 5.
Eigal & Zieg, Marienstr. 12.
in Fr edr. ch. Grenzstraße 2.
h. Hößler, Obermarkt 33.
Viechsen: Ernst Dressler.
etc. Wih Hermer

Vorzüglich gemundet.
Herrn Wilhelm Gramann,
Zetzen-W.
Der "Cacoöl" hat mir bisher
vorzüglich gemundet, und werde ich
bestreit auch bei allen Gebräuchen
und Verstößen weiter empfehlen.
Berlin N 21. den 19. März 1908.
Dr. W. Hermer
Steinkettstraße 29. Tel.
Cacoöl ist ein woh.-daher zu
1. in 1. Pf. das zu 50 Pf. durch
alle einzgl. Handlungen zu beziehen.

Billige Preise

Open, Paletots, Anzüge,
abwaren und Arbeits-Garderobe
zu pf. u. H. Wosky

Weiße Gasse 8
Friedrichs-Aller. Ostsel.

Ind- und Kalsenzündungen
Pulpa von Nyphitis
Tröhren- und Nasal-herrdrüs.-Erkrank.
handelt von 14 Jahren mit gutem
Erfolg ohne Risiko

Frd. Helmberg, Naturheilkund.
Dresden
Kutzenauer Strasse 32.

Wiederkäuer billig zu verkauf.
Göttingen, Wartburgstr. 37.

Achtung!

Hienlong-Essenz, p. o. Fort
u. beliebt, vert. o Tgn. M. 1.90
Grotiusgade 30. S. Ebene 3. p. m.
bei 50 M. Hienlong-Essenz M. 7.70
Grotiusgade 30. Dabend engl.
Wunderballam. Ich garantiere für
etwa hochwertige Ware, so wie von
einer Konkurrenz übertragen wird
A. C. Arnold's Laboratorium
Wurzendorf d. T. Schmitz, Thür. Wald.
Suite Wiederkäuer.

Mutterspritzen

mit 2 Röhrchen von 2.— M. an.
Spülflaschen, Leibbinden, Menstrua-
tionspulver, Vorfallbinden u. ähnlich.

Frauen-Artikel
Perfume, talc, Auf-Zell. 10 Pf. u. abw.
Frau Heusinger
■ 37 Am See 37 ■
Edle Linsoldic-Walder. Blech.
Man achte auf die Firma.

Puppenwagen-Fabrik.

Riesen - Kindewahl,
weit und breit der
Raum als bildliche
Landschaft, viel
d. l.iger viel
u. Laden. Dresden,
Lilienstr. 8, part.
in der Nähe Voß-
platz und am See.

Elegante
gute getragene
Herron- u. Damen-
Kleider
verkauft sehr billig
Carl Kreidl's I. Dresden
Spezial - Kleidermagazin

Töplerstr. 1, 1. Et.

Soeben erschienen:

Adolf Levenstein
(Arbeiterbriefe)

Aus der Tiefe

Beiträge zur Seelen-Analyse moderner Arbeiter.
Preis 1 Mark.

Musik - Instrumente aller Art kauft, lauscht und repariert Biegelstraße 13
Otto Friebel
Gebäude Steinstraße.

Eber Bräu
Echt Münchener
in Halbliter und
Elfer-Flaschen
mit
Prämien-Bons
überall erhältlich.

Verlangen Sie sofort
Frauen-Tee
Paket 75 Pf.
Rich. Freisleben
nur Postplatte.

Cigarren

H. Blutsch Rathaus 43
Trumeau 29 Eriegel P. - 10
gutes Plüschiota 24, 30, 40
Stoffloha 21 Stentzsch 10
Zweibrück und Augustebrück
Vertilo, Zehn, Norma
Bettin, Ware, 100, 150, 200
Wasch-, Nacht-, Pantzelle
Schwensdorff 4 Dresdner
in der Weißen Gasse 4, 1

Puppen-Perücken
auch vom eignen Haar
Rich. Heger, Friseur
Sangerstr 22, b + Schmuckatelier

Prima-Schaffistieliet, 8th
Wihlers Schule und ältere bild
Richard Klenke, kleine Kunden
Doen, Schule, Jäderle
Anzüge
v. Die verlässlich. Preise Et. 12

Soeben erschienen

Francesco Ferrer

Ein Kapitel Reaktion u. Revolution
Erweiteter Vortrag
von Hermann Wendel,
Preis 10 Pf.

zu beziehen durch die
Folkssbuchhandlung
Dresden, Gr. Zwingerstr. 21.

Rosel Nitzsche
Palmstr. 13, Hof L. Giese
empfiehlt sich den gebroten Beinen
zur Herstellung von Elektroloren
und Lorbeerkränzen; auch machen
Haararbeiten angeleistigt.

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten hierdurch die
heutige Nachricht, daß heute Dienstag nachmittag 1/2, 2 Uhr meine
nun geliebte Gattin, untreue treuhorgende Mutter, Tochter, Schwester,
Schwester und Schwägerin
Frau Frida Richter geb. Schmidt
ih langem, schwerem Leiden dankt entschlafen ist.
Dr. Midien, Brachauer Straße 11, 1.
Ter zielrauernde Gute
Frida Richter nebst Kindern.
Die Beerdigung findet Freitag den 26. November, nachmittags
1 Uhr, von der St. Pauli, das alte Kapelle Friedhof auf statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme während der Krankheit sowie bei der Beerdigung unseres teuren Entschlafenen, des Herrn
Wagenverleiher
Richard Tröger
sagen wir hiermit innigsten Dank.
Anna verw. Tröger
nebst Söhnen und Schwiegertochter.
Dresden, Kl. Zwingerstr. 4, I., 24. Nov. 1909.

Für unsere geehrten Abonnenten in Cotta, Lößnitz und Umgebung liegt die heutige Ausgabe ein Prospekt der Firma **O. Sablowsky**, Cotta, Hamburger Straße, bei, auf dem wir besonders hervorheben möchten. — Beegleichen liegt für unsere geehrten Abonnenten in Pötzschappel ein Prospekt der Firma **Max Gütler**.

